

Elektronisches Dokument:

**Bewegungsräume für Jugendliche**

Dokumentation des 3. Arbeitstreffens am 11. April 2002  
im Haus der Volksarbeit in Frankfurt am Main

Originalquelle:	<a href="http://www.hegiss.de/he_download/Veranstaltungen/Veranstaltungen_02_Teil1.pdf">http://www.hegiss.de/he_download/Veranstaltungen/Veranstaltungen_02_Teil1.pdf</a>
Originalformat:	pdf
Speicherung mit freundlicher	
Genehmigung von:	Servicestelle Hegiss
Speicherdatum:	2004-08-24
Speicherort:	<a href="http://edoc.difu.de/orlis/DF9032-1.pdf">http://edoc.difu.de/orlis/DF9032-1.pdf</a>

Ein Service des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin

Servicestelle HEGISS

HEGISS [zots'ja:le ftat]

Hessische Gemeinschafts-  
initiative Soziale Stadt

**hessen »** Hier ist die Zukunft

# Bewegungs- räume für Jugendliche

HEGISS-Materialien  
Veranstaltungen 2

# **Bewegungs- räume für Jugendliche**

Dokumentation des 3. Arbeitstreffens am  
11. April 2002 im Haus der Volksarbeit in  
Frankfurt am Main

**HEGISS-Materialien  
Veranstaltungen 2**

Servicestelle HEGISS  
Frankfurt am Main 2002

Eine Veröffentlichung der  
Servicestelle HEGISS  
Postfach 170228  
60076 Frankfurt am Main  
Schumannstraße 4-6  
60325 Frankfurt am Main  
Telefon 069/133850-66, Fax –69  
E-Mail HEGISS@feh-hessen.de  
Internet <http://www.hegiss.de>

Nachdruck, -auch auszugsweise- ist nur mit  
Quellenangabe gestattet.  
Belegexemplar erbeten.

## Vorbemerkung

Die Servicestelle HEGISS bietet den lokalen Akteursnetzen an den Förderstandorten für ihre Programmumsetzung „Soziale Stadt“ in Hessen Anregungen und Ideen an und schafft Foren für den Austausch der Akteure untereinander. Arbeitstreffen, Fachtagungen und Netzwerktreffs dienen der laufenden Verbesserung der Projektentwicklung. Die Beiträge dieser Veranstaltungen werden als einfach und kostengünstig bearbeitete „HEGISS-Materialien“ in der *Reihe „Veranstaltungen“* veröffentlicht. Die Ergebnisse der HEGISS-Begleitforschung werden in der *Reihe „Begleitforschung“* veröffentlicht.

Die Servicestelle HEGISS ist für Hinweise und Ideen für Veranstaltungsthemen und –formen dankbar. In diesem Wechselstrom von Anregungen können wir die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt produktiv und innovativ machen.

Das Team der Servicestelle HEGISS

## **Inhalt**

Dr. Annegret Boos-Krüger	<b>Sportförderung in Hessen und ihre Bedeutung im Kontext der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt</b>
Martin Lindner	<b>Spiel- und Bewegungsräume mit Kindern und Jugendlichen – Partizipative Projekte mit Stadtteilakteuren</b>
Peter Korstian	<b>Präventionsarbeit der Polizei in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf</b>
Prof. Dr. Eike Emrich	<b>Die Sportvereine – Ein Versuch auf empirischer Grundlage</b>
Günzel Gül Keskinler	<b>„Start“ – Sport als Integrationsfaktor für Zuwanderermädchen und -frauen im Gallusviertel der Stadt Frankfurt</b>
Mathias Burghammer	<b>Begegnungsstätte für Jugendliche in Marburg</b>
Peter Matzke	<b>Sport- und Freizeithalle Wetzlar</b>
Silke Lässig	<b>Grünanlage Bretanowiese, Jugendeinrichtung Darmstadt Kranichstein</b>
Gabriela Hoffmann Lothar Kannenberg	<b>Boxcamp Kassel Nordstadt</b>
	<b>Programm</b>
	<b>Teilnehmerliste</b>

Soziale Stadt in Hessen

Veranstaltungen

Servicestelle HEGISS

HEGISS [zots'ja:le ftat]

Hessische Gemeinschafts-  
initiative Soziale Stadt

**hessen »** Hier ist die Zukunft

**Sportförderung in  
Hessen und ihre  
Bedeutung im Kontext  
der Hessischen  
Gemeinschaftsinitiative  
Soziale Stadt**

Dr. Annegret Boos-Krüger

**Annegret Boos-Krüger**

## **Bewegungsräume für Jugendliche**

Im Mittelpunkt des 3. Arbeitstreffens der Servicestelle HEGISS standen die teilweise korrespondierenden Themen Sportförderung und Gewaltprävention in Hessen im Fokus der Zielgruppe Kinder und Jugendliche.

Die Fachvorträge im Plenum spiegelten hierzu landespolitische Sichtweisen sowie Erkenntnisse aus der Praxis und Wissenschaft.

In den anschließenden Foren wurden innovative Konzepte und Projekte vorgestellt und diskutiert, die gegenwärtig an hessischen Standorten der sozialen Stadt realisiert werden oder sich in der konzeptionellen Vorbereitung befinden. In diesen Projektpräsentationen fanden sport- und sozialpädagogische Konzepte gleichermaßen ihren Niederschlag wie baulich-räumliche Umsetzungen durch freiraumplanerische oder architektonische Lösungsvorschläge.

Die Schwerpunktsetzung der Veranstaltung war begründet in zahlreichen Rückmeldungen aus den Standorten, die deutlich belegten, dass die Themen Sporträume, Sportflächen, Freizeitsport eine wachsende Rolle in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf einnehmen.

Explizit zum Ausdruck kommt die Vernetzung der Politikfelder Sport und Stadtentwicklung durch eine Beschlussfassung der Sportministerkonferenz am 19. und 20. Oktober 2000 in Potsdam mit den beiden auszugsweise zitierten Verlautbarungen:

„Die Sportministerkonferenz hält es für erforderlich, im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung noch stärker als bisher neben der Errichtung von Sportanlagen sowohl Sportgelegenheiten zur vielfältigen Bewegungs- und Spielform sowie für Freizeit und Erholung im Alltag als auch sportlich nutzbare Wegesysteme, wie z.B. Rad- und Wanderwege, in die Wohngebiete und das städtische Umfeld zu integrieren. Der kombinierte Einsatz von Mitteln der Sportförderung und der Stadtentwicklung kann zusätzliche Möglichkeiten eröffnen, neue Bewegungsräume im unmittelbaren Wohnumfeld zu schaffen.

Die Sportministerkonferenz begrüßt das Förderprogramm „Soziale Stadt“ der Bundesregierung. Bei der Umsetzung der Bund-Länder Vereinbarung zu diesem Programm sollten die Möglichkeiten der sozialen Integration des Sports und die mit diesem Ziel verbundenen vielfältigen Förderprogramme im Sinne einer zukunftsorientierten Sportentwicklung im kommunalen Raum genutzt werden. Auch auf Länderebene sollten weitere entsprechende Programme aufgelegt werden.“

Die Fachdiskussion im Rahmen des Arbeitstreffens lässt das Resümee zu, dass der Bedarf an wohnortnahen wie flexibel nutzbaren Flächen und Räumen für Sport und Freizeitsport durchgängig festgestellt wird und darüber hinaus als wachsend prognostiziert wird. Dabei ist die sozial-integrative Bedeutung des institutionell geförderten Sports unstrittig, gleichzeitig werden Freizeitsportarten, vereinsungebunden sowie kommerziell ausgeübte Sportformen, durchaus zunehmen. Unstrittig blieb in der Diskussion, dass gerade in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf Sport wie Freizeitsport eine gemeinschaftsfördernde Rolle einnimmt und inhaltliche Bezüge zu Zielen und

Aufgaben der Gesundheitsförderung, Gewaltprävention, Sprachförderung, Kulturarbeit, Senioren- Jugend- oder Frauenpolitik bestehen. Entsprechend notwendig ist die Berücksichtigung dieser Bedarfe bei der Planung der städtebaulichen Entwicklung.

Im dritten Teil des Arbeitstreffens nahmen zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, tätig im Stadtteil- und Quartiersmanagement, das Angebot zu einem internen Erfahrungsaustausch wahr. Dieser kollegiale Erfahrungsaustausch erweist sich als unverzichtbarer Bestandteil der zukünftigen Arbeitstreffen und wird somit weiterhin von der Servicestelle HEGISS mit angeboten werden.

Dank gilt den Kollegen vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, die uns freundlicherweise bei der inhaltlichen Vorbereitung wie bei der Auswahl der Referenten unterstützten. Ausdrücklich gedankt sei auch an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen, die mit Praxisberichten und Projektpräsentationen im Rahmen der Foren zu einem interessanten und anregenden Austausch über „good-practice“ beitrugen.

Soziale Stadt in Hessen

Veranstaltungen

Servicestelle HEGISS

HEGISS [zots'jarle ftat]

Hessische Gemeinschafts-  
initiative Soziale Stadt

**hessen » Hier ist die Zukunft**

**Spiel- und  
Bewegungsräume mit  
Kindern und  
Jugendlichen –  
Partizipative Projekte  
mit Stadtteilakteuren**

Martin Lindner

# **Spiel- und Bewegungsräume mit Kindern und Jugendlichen**

**– Partizipative Projekte mit Stadtteilakteuren –**

Martin Lindner  
Bsj-Marburg  
im April 2002

Vortrag im Rahmen der Veranstaltung  
Bewegungsräume für Jugendliche – Innovative Konzepte und Projekte  
11. April 2002 in Frankfurt/M.  
(3. HEGISS-Arbeitstreffen)

# **Spiel- und Bewegungsräume mit Kindern und Jugendlichen**

## **– Partizipative Projekte mit Stadtteilakteuren –**

Die Kinder- und Jugendhilfe soll mit ihren Angeboten „dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“ (§ 1, Abs. 3, KJHG)

„Wenn es dem Esel zu wohl wird, geht er auf das Eis tanzen“, sagt der Volksmund. Und wenn das politische Interesse abnimmt und die Wähler weglaufen, werden für die Nachwuchsarbeit und zur eigenen Absicherung parlamentarische Spiel- und Experimentierfelder eingerichtet, so könnte man angesichts der fast flächendeckend entstehenden und entstandenen Kinder- und Jugendparlamente und Kinder- und Jugendforen sagen. Kinderbeteiligung oder Partizipation ist in aller Munde und wird immer stärker von Kindern, Jugendlichen und engagierten Erwachsenen gefordert. Kinder und Jugendliche sollen stärker in der Politik und in Planungsprozessen – vor allem bei der Gestaltung von Spielplätzen, Spielräumen und des Wohnumfeldes – beteiligt werden. Diese Forderungen basieren auf gesetzlichen Grundlagen, zum einen durch die Kinderrechts-Konvention der Vereinten Nation (UN) von 1989 und zum anderen durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), das seit 1990 in Kraft getreten ist. *„Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen“*, so der Wortlaut im § 8, Abs. 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Ich möchte an dieser Stelle jedoch nicht über Sinnhaftigkeit und Chancen des „klassischen“ Partizipationsmodells Parlament polemisieren, sondern den Blick auf die Möglichkeit lenken, Kindern und Jugendlichen im Alltagsleben echte Mitbestimmungsmöglichkeiten zu eröffnen, wo sie einen großen Teil ihrer Zeit verbringen: in ihrem Stadtteil. Und ich möchte zudem den Blick darauf lenken, dass Partizipationsformen nicht mit der Planung beendet sind, sondern vor allem vielfältige Lernchancen durch die Gestaltung und Ausführung der Baumaßnahme entstehen.

In einem ersten Schritt möchte ich mich mit dem Begriff „Partizipation“ auseinandersetzen und aufzeigen, welche Chancen in Partizipationsprojekten liegen. Dazu wird ein kleiner Exkurs in das von dem Tübinger Sozialpädagogen THIERSCH geprägte Konzept der „Lebensweltorientierung“ notwendig sein. Ich möchte in diesen Erläuterungen verdeutlichen,

dass Kinder und Jugendliche nicht nur an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden können bzw. müssen, sondern eine Beteiligung gerade auch an der Gestaltung und Ausführung der Maßnahmen von hoher Bedeutung ist.

In einem zweiten Schritt möchte ich anhand konkreter Praxiserfahrungen die Schritte eines partizipativen Projektes beschreiben und aufzeigen, worin fördernde und hemmende Rahmenbedingungen liegen.

### **Auf dem Weg zu mehr Bewohnerfreundlichkeit durch Beteiligung**

Lassen Sie mich mit einem fiktiven Beispiel beginnen:

*Die Stadt XY hat vor drei Jahren eine überraschende Hinterlassenschaft in Höhe von 200.000 DM erhalten. Dieser Betrag sollte zweckgebunden für die Herstellung einer bewegungsbezogenen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche verausgabt werden, so die Bitte des allen bekannten Spenders. Voller Freude, etwas für die Kinder und Jugendlichen in der eigenen Stadt machen zu können, beauftragte der Magistrat der Stadt XY direkt die Planungsbehörde. Diese eruierte sehr schnell eine brachliegende Fläche, die direkt neben einem in die Jahre gekommenen Spielplatz liegt. Fast ebenso schnell wurde ein Entwurf erstellt, der die aktuellen Spiel- und Bewegungsgeräte namhafter Hersteller beinhaltet. Die Planungsbehörde legte bei der Auswahl der Geräte vor allem Wert auf langlebige Dauer, auf geringe Wartungsintensitäten und auf aktuelle Nutzungstrends. So finden sich in dem Entwurf verschiedene Abenteuer- und Klettertürme, Drahtseilbahnen, Spielhäuser, Sandspielflächen, eine Half-Pipe usw. Mit einem großen Event werden die neuen Spiel- und Bewegungsräume eröffnet und den Kindern und Jugendlichen feierlich übergeben. Nach der anfänglich lebhaften Auseinandersetzung mit den attraktiven Geräten können ein Jahr später auf den Plätzen nur noch wenige Kinder und Jugendliche angetroffen werden. Diese spielen nicht mehr an den Geräten, sondern hängen aus Erwachsenensicht eher ab. Die ehemals hochglanzpolierten Rutschen und Röhren sind mit Graffiti besprüht, einzelne Holzgerüste sind angekokelt, Verzierungen sind abgebrochen worden.*

Sicherlich erregt die scheinbar missachtende Haltung der Kinder und Jugendlichen auch bei Ihnen Unbehagen. Was aber – werden Sie sich gewiss fragen – hat das mit partizipativen Projekten zu tun?

Partizipation bedeutet nicht – wie Herbert Grönemeyer es in seinem Lied beschreibt -, „Kinder an die Macht“ zu lassen oder „Kindern das Kommando“ zu geben. Partizipation heißt, Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu teilen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden. Kinder und Jugendliche sind dabei nicht kreativer, demokratischer oder offener als Erwachsene, sie sind nur anders und bringen aus diesem Grunde andere, neue Aspekte und Perspektiven in die Entscheidungsprozesse hinein.

In dem fiktiven Beispiel der Stadt XY wurde, vielleicht aufgrund der Freude über die unerwartete finanzielle Unterstützung, nicht daran gedacht, die Kinder und Jugendlichen nach ihren Bedürfnissen und Interessen in bezug auf den Spiel- und Bewegungsraum zu befragen. Ihre Beteiligung an den Entscheidungen hätte vielleicht dazu geführt, dass keine vier Meter hohe Half-Pipe für Skater und Inliner installiert worden wäre, sondern eher kleinere Ramps und Street-Style-Elemente. Die Half-Pipe kann nur von Spezialisten genutzt werden, die leider nicht im Stadtteil wohnen. Es wird deutlich, wie zentral bei der Anlage von adäquaten Bewegungsräumen ein Abgleich mit den Interessen und Bedürfnissen der Nutzergruppen ist. Der Oldenburger Architekt KOCH stellt fest: *„Spielanlagen aus einem Guß, die in wenigen Tagen oder Stunden zügig durch Expertenhand in vorhandene gewachsene Lebensräume hineingestellt werden, sind meist von kurzlebiger Attraktivität, wirken auf Dauer fremd und langweilig und verführen zum Vandalismus.“* (KOCH, 1989, 87)

Wenn ich nun den Begriff der „Lebensweltorientierung“ von THIERSCH aufgreife, dann um nochmals hervorzuheben, dass die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sich – wie der Tübinger Sozialpädagoge erläutert – in „radikaler“ Weise an deren Lebenslagen zu orientieren hat. Hierzu ist Wissen über die Zielgruppe, deren Bedarfs- und Interessenslagen, deren Freizeitorientierungen und deren Lebenslagen notwendig. Ohne dieses Wissen, d.h. ohne die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen muss die Planung fast zwangsweise an der Realität vorbeigehen. Und daraus folgt, dass der – im obigen Beispiel zwar mit den besten Überlegungen entworfene und umgesetzte – Bewegungsraum zunehmend weniger Beachtung bei den Nutzern findet. Eine an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen orientierte soziale oder pädagogische Arbeit ist immer auch durch die Handlungsprinzipien der Integration und Partizipation geprägt. Dies ist nicht so leicht, wie es sich vermeintlich anhört, denn wir als

Professionelle müssen unsere Ideen und Überlegungen in letzter Konsequenz zurückstellen und die der Kinder und Jugendlichen in den Vordergrund rücken.

### ***Die Chancen von Beteiligungsprojekten***

Projekte mit der Beteiligung aller Stadtteilakteure (nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch die erwachsenen Bewohner müssen in einem solchen Projekt beteiligt werden) bieten, wenn sie gelingen, große Chancen für die Entwicklung hin zu einem kinder- und familienfreundlicheren Stadtteil. Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen ist eine offene und partnerschaftliche Zusammenarbeit von allen Beteiligten (einschließlich der Kinder, Jugendlichen und Eltern). Die Ergebnisse eines mit der Beteiligung der Stadtteilakteure hergestellten Spiel- und Bewegungsraumes liegt nicht nur in einem optisch attraktiven Spiel- und Bewegungsgelände, sondern sie sind in verschiedener Hinsicht vielseitig:

1. Durch ihre eigene Beteiligung entwickeln Kinder und Jugendliche die Fähigkeit zu kritischer Reflexion und zum Perspektivenvergleich, was grundlegend für die Selbstbestimmung politischer Meinung ist. Partizipation von Kindern ist nicht nur ein Ansatz, um mehr soziale Verantwortlichkeit und Kooperationsfähigkeit zu entwickeln, sondern es ist auch immer ein Weg politischer Einmischung und damit Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen.
2. Es ist plausibel, dass mit einem Beteiligungsprojekt, bei dem alle an der aktiven Gestaltung Anteil haben, auch eine höhere Wertschätzung bei den Kindern und Jugendlichen für ihren Spiel- und Bewegungsraum erreicht werden kann, dass weniger zerstört wird und die Geräte eine wesentlich längere Nutzungsdauer erhalten.
3. Für alle Beteiligten bedeutet die Planung und aktive Gestaltung nicht nur Stress und Blasen an den Händen, sondern ein aktives soziales und soziokulturelles Miteinander. Häufig lernen sich die Akteure während des Bauprozesses erst so richtig kennen und es entwickeln sich dauerhafte soziale Kontakte, die sich in gutnachbarschaftlichen Beziehungen sowie einem weiteren gemeinsamen Eintreten für die Gestaltung des Stadtteilquartiers auswirken können.
4. Die aktive Beteiligung an der Gestaltung von Spiel- und Bewegungsräumen eröffnet Möglichkeiten für praktische Lernprozesse, in denen die Trennung von Kopf und Hand aufgehoben wird. Hier deutet sich die reizvolle Aufgabe an, körperbetonte Freizeiterlebnisse mit Arbeits- und Tätigkeitsprozessen zusammenzubringen. In der aktiven

Teilhabe an der Herstellung eines interessanten Spiel- und Bewegungsraumes kann sich ganzheitliches Lernen vollziehen.

Zur Veranschaulichung der vielfältigen Lernchancen möchte ich gerne einen Auszug aus einer teilnehmenden Beobachtung beim Bau einer Skateboardanlage schildern. Der Bau wurde vom Verein zur Förderung bewegungs- und sportorientierter Jugendsozialarbeit in Marburg in einem Sozialen Brennpunkt in Marburg mit den Stadtteilbewohnern durchgeführt und von der Stadt Marburg finanziert.

*„Für den ersten Arbeitstag (in einer Herbstferienwoche) hatten wir als mitarbeitende Sozialarbeiter 09.00 Uhr als Schichtbeginn festgelegt. Misstrauisch, was das Engagement der Jugendlichen betraf, wurden wir aber am Bauwagen schon von drei Leuten erwartet: einer im „Blaumann“ mit Zollstock in der Beintasche, die anderen in Arbeitsklamotten. Man begrüßte uns mit den Worten „wurde auch mal Zeit“ und „kommt ihr auch schon“. (...) Schon mit den ersten Arbeitsschritten konnten die Jugendlichen eine wichtige Beobachtung und Erfahrung machen: Es entstand sehr bald etwas, das schon als Produkt für sich selbst sichtbar und irgendwie beeindruckend war. Da stand ein regelrechtes Bauwerk von beeindruckenden Dimensionen, hergestellt aus Holz, das die Jugendlichen selbst bearbeitet hatten und zusammengehalten von Nägeln, die sie selbst eingeschlagen hatten. Das beeindruckte die Jugendlichen sichtlich: Mehrfach stellten sie beim Betrachten des Werkes nach Feierabend fest, dass SIE das ja wirklich selbst gebaut hatten. (...)*

*Der Hammer wurde früh zum Symbol der ganzen Aktion: Der Besitz eines Hammers war erstens quasi Eintrittskarte zum Mitarbeiten und wurde unter diesen Umständen zweitens vehement gegen alle anderen verteidigt. Hämmern war der Hit: Beim Zusammennageln der Grundgerüstbalken mit Nagelplatten und auch beim Verlegen der Grundbohlen für die Laufflächen wurden sicher doppelt so viele Nägel verkloppt als zur Stabilisierung der ganzen Konstruktion nötig waren. (...)*

*Und wer sich nicht vorstellen konnte, wie das Endprodukt denn aussehen sollte, für den waren sämtliche Baupläne an den Fenstern des Pädagogen-Autos ausgehängt – mit allen Maß-, Material- und Werkzeugangaben in leicht verständlicher Form. Sehr entscheidend war die kontinuierliche Mitarbeit eines echten Fachteams, das es verstand, altersadäquate, an Kleingruppen und auch an einzelne Jugendliche gezielt gerichtete Arbeitsaufträge zu verteilen. (...)*

*Die Zahl der Zuschauer – auch Eltern der „Werkstätigen“ ließen sich sehen – wurde größer, und damit kam es zu kleineren Reibereien: Konflikte um den „Besitz“ von Werkzeugen,*

*„Futterneid“ rund um den Bauwagen usw. Das Bauprojekt hatte Alleinunterhalterfunktion im Stadtteil angenommen: Kleinkinder schaufelten im Fundamentsplitt, alle hämmerten irgendwo irgendwas, Kinderwagen standen im Weg und dauernd wollte wer was trinken.“ (Kurschuss 1991)*

Nach diesem praxisbezogenen Ausflug in die Beschreibung eines Bauprojektes, welches der Autor bezeichnenderweise mit dem Titel „If I had a hammer“ überschrieben hat, möchte ich - Ihnen noch einmal etwas Theorie zumutend – einige Kriterien für die Anlage von Beteiligungsprojekten darstellen. Sicherlich werde ich Ihnen kein fertiges Konzept vorstellen können. Vielleicht können die folgenden Hinweise aber wichtige Orientierungsmarken bei dem Versuch sein, die Straße und das Wohnumfeld für Spiel-, Bewegungs- und Kommunikationsbedürfnisse zurückzuerobern.

### **Struktur der Beteiligungsverfahren - Methoden**

Für Beteiligungsverfahren gibt es keine einheitlichen Handlungsmuster, die auf jedes Praxisbeispiel übertragen werden können. Jede Planungsmaßnahme wird von spezifischen politischen und administrativen Besonderheiten einer Kommune beeinflusst, auf die auch das Beteiligungsverfahren abgestimmt sein muss. Die im Folgenden dargestellten Verfahrensschritte beschreiben ein Grundmuster von Beteiligungsverfahren, das von den Ämtern und Trägern variiert, modifiziert und auf den konkreten Praxisfall zugeschnitten werden kann. Grundsätzlich können folgende Verfahrensschritte unterschieden werden:

- Spiel- und Bewegungsraumanalyse
- Erkundung anderer Spiel- und Bewegungsräume
- Planung des Spiel- und Bewegungsbereiches
- Bau- und Gestaltungsprojekt, Feier
- Fortsetzung der Umgestaltung

Diese Kombination stellt den idealtypischen Verlauf eines Partizipationsprojektes dar, bei dem die Beteiligung im Vorfeld einer Planung beginnt und mit der Teilnahme an der konkreten Umsetzung an der Maßnahme endet. Neben allen Bewohnern – Kinder, Jugendliche und Erwachsene – und den Planungsbehörden sind auch die vor Ort tätigen Jugendhilfeeinrichtungen und Vereine zu beteiligen. Vornehmlich die Gemeinweseninitiativen treten als Experten im Sozialraum auf. Schließlich kennen sie sowohl die Geschichte des

Sozialraums als auch die Menschen, die in diesem leben. Aktivierung der Bewohner mit dem Ziel der Vertretung ihrer eigenen Interessen und Einmischung in die konkreten Lebensverhältnisse vor Ort gehören seit Anbeginn zu den realen Aufgaben im Stadtteil.

### ***Fördernde und hemmende Rahmenbedingungen***

Für eine erfolgreiche Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ist es von hoher Bedeutung,

- dass ein eindeutiges Bekenntnis bzw. ein Beschluss von Politik und Verwaltung zur Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen vorliegt,
- dass Politik und Verwaltung bereit sind, Ideen und Interessen der Kinder und Jugendlichen aufzugreifen und somit Kompetenzen abzugeben und
- dass Politik und Verwaltung bereit sind, Kinder und Jugendliche wirklich ernst zu nehmen.

Nicht-eindeutiges Verhalten von Politik und Verwaltung birgt die Gefahr, dass erfolgversprechende Ansätze zur Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen schnell wieder zusammenbrechen. Die Partizipation wird als „Scheinbeteiligung“ wahrgenommen, wenn Entscheidungen längst an anderer Stelle getroffen wurden.

Enge zeitliche Zusammenhänge zwischen der Planung und der Umsetzung von Projekten sind als besonders wichtig anzusehen, da lange zeitliche Abstände bei den beteiligten Akteuren zur Frustration führen. Insofern sollte auch zu Beginn eines Beteiligungsprojektes ein etwaiger Finanzrahmen abgesteckt werden, damit – wie es leider häufig geschieht – die Analyse und Planung nicht in einer Sackgasse bzw. in einem einmaligen „Event“ endet.

Das Beteiligungsprojekt sollte niedrigschwellig ansetzen und die Möglichkeiten der Zielgruppe berücksichtigen, um möglichst viele Akteure eines Stadtteils für das Projekt zu gewinnen.

Die Umsetzung der Planung in die konkrete Gestaltung muss genügend Spielraum für eine Überarbeitung zulassen. Aus den gemachten Erfahrungen während der gemeinsamen Herstellung ergeben sich häufig neue Ideen.

Zum Ende möchte ich noch eine Schulleiterin einer Schule für Erziehungshilfe zu Worte kommen lassen: *„Die Ergebnisse können sich sehen lassen: In fünf Tagen haben unsere Schüler einen attraktiven Bewegungsraum gebaut, täglich fünfzig Personen bekocht, einen Teil*

Kontaktadresse:  
Bsj-Marburg  
Biegenstraße 40  
35037 Marburg  
Tel: 06421 – 685330  
Fax: 06421 – 6853322  
[kontakt@bsj-Marburg.de](mailto:kontakt@bsj-Marburg.de)  
[www.bsj-Marburg.de](http://www.bsj-Marburg.de)

ausgewählte Veröffentlichungen des bsj-Marburg zum Thema:

- Ute Dithmar & Lotte Rose: Eins und Eins gleich drei – Eine Schulhofgestaltung als sozialräumliches Experiment zwischen Jugendarbeit und Schule, Butzbach-Griedel 2001  
Ute Dithmar u.a.: „Mit eigener Hand ...“ – Mädchen und Jungen gestalten ein Spielgelände (Eulenkopf), Marburg 1995  
Peter Becker, Josef Koch & Jürgen Vieth: „Mit Kopf, Herz und Hand“, An-Sichten einer Sozialarbeit mit Jugendlichen, Butzbach-Griedel 1995  
Roland Müller & Lotte Rose: „Hammer, Fräse, Sägespäne“ – Hand-Werk in der Jugendarbeit, Butzbach-Griedel 1995

# **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Gestaltungsprozessen**

*Verfahren und Methoden  
(eine Auswahl)*

<b>Verfahren</b>	<b>Ziel</b>	<b>Methode</b>
<b>Spiel- und Bewegungsraumanalyse</b>	<b>Ermittlung der Spielraumqualität und Defizite in einem Stadtteil</b>	<b>Raumbeobachtung, Video- und Fotostreifzüge, Analyse der Wegebeziehungen, Mental maps</b>
<b>Erkundung anderer Spiel- und Bewegungsräume</b>	<b>Erweiterung der Ideen und Vorstellungen</b>	<b>Erkundungsfahrten zu anderen Spiel- und Bewegungsräumen, „Belebungsaktionen“</b>
<b>Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Planung</b>	<b>Kenntnisse über Vorstellungen und Ideen zur Gestaltung von Spiel- und Bewegungsräumen erwerben</b>	<b>Modellbau, Zeichnungen, Zukunftswerkstätten, Interviews</b>
<b>Beteiligung am Bauprojekt</b>	<b>Eigene Gestaltung, Identifikation, Einmischung</b>	<b>Bauen und Gestalten unter fachlicher Anleitung</b>
<b>Weiterführung</b>	<b>Aufgreifen neuer Ideen</b>	

# **Spiel- und Bewegungsräume mit Kindern und Jugendlichen – Partizipative Projekte mit Stadtteilakteuren –**

*1. Auf dem Weg zu mehr Bewohnerfreundlichkeit  
durch Beteiligung*

*2. Die Chancen von Beteiligungsprojekten*

*3. Struktur der Beteiligungsverfahren - Methoden*

*4. Fördernde und hemmende Rahmenbedingungen*



Soziale Stadt in Hessen

Veranstaltungen

Servicestelle HEGISS

HEGISS [zots'ja:le stat]

Hessische Gemeinschafts-  
Initiative Soziale Stadt

**hessen » Hier ist die Zukunft**

**Präventionsarbeit der  
Polizei in Stadtteilen mit  
besonderem  
Entwicklungsbedarf**

Peter Korstian

### **"Präventionsarbeit der Polizei in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf"**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr heutiges Arbeitstreffen unter dem Titel „Bewegungsräume für Jugendliche – Innovative Konzepte und Projekte“, soll einen Beitrag dazu leisten, die Lebensbedingungen junger Menschen im städtischen Raum im Sinne eines „sozialen Lebensraumes“ zu verbessern und den hierzu notwendigen interdisziplinären Diskurs zu unterstützen.

Als Vertreter einer Institution, deren Beteiligung an diesem Diskurs bei manchen vielleicht noch Skepsis hervorruft, von anderen dagegen als sinnvoll oder notwendig erachtet wird, möchte ich Ihnen Aufschluss darüber geben, welchen Beitrag die Polizei in diesem Kontext leisten kann und wo die Grenzen polizeilicher Mitwirkung liegen.

Den seitens der Veranstalter gewählten Titel für meinen Beitrag: - „*Präventionsarbeit der Polizei in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf*“ – möchte ich daher nutzen, mich dem Thema zunächst über einige grundsätzliche Anmerkungen zum Thema „Prävention“ zu nähern, um anschließend die Nahtstellenproblematik zwischen situativer Prävention, sozialer Prävention und Jugendsozialarbeit, im Kontext zur Stadtteilentwicklung unter polizeilicher Mitwirkung zu beleuchten.

Zum Thema „Sportförderung und Gewaltprävention“ werde ich Ihnen zum Abschluß meiner Ausführungen anhand eines Beispiels erläutern, in welcher Form eine polizeiliche Unterstützung geleistet werden kann.

In meiner Tätigkeit als Jugendkoordinator beim Hessischen Landeskriminalamt und als Mitglied der „Arbeitsgruppe Jugendkriminalität“ des Hessischen Landespräventionsrates“ stelle ich häufig fest, dass Menschen den Begriff „Prävention“ wie selbstverständlich benutzen, ihn in Diskussionen einbringen, ihn konzeptionell verwenden oder damit die unterschiedlichsten Aktivitäten und Forderungen umschreiben, begründen und öffentlichkeitswirksam darstellen.

Jedoch tun sie dies häufig völlig unkritisch und undifferenziert, ohne grundsätzlich und im besonderen Kontext das eigene Präventionsverständnis definiert zu haben.

Es mangelt oftmals an einer grundlegenden theoretischen Auseinandersetzung, an der sich das eigene Präventionsverständnis orientieren kann und demzufolge auch das Bewußtsein, mit welcher Form von Prävention man sich im konkreten Fall beschäftigt und an welche Zielgruppe sich das beabsichtigte Handeln richtet.

Der Begriff „Prävention“ ist andererseits gesellschaftlich etabliert und es lässt sich vieles darunter subsumieren. Prävention, vielleicht die Schublade für vieles, was sonst nirgends so richtig reinpasst?

Bei Prävention kann jeder mitmachen und alle haben „per se“ das Empfinden, etwas Gutes getan zu haben. Dementsprechend lässt sich „Prävention“ auch gut zu PR-Zwecken einsetzen.

Da genügt es schon, wenn ein Lokalpolitiker beim Kindergartenfest bunte Luftballons mit der Aufschrift „Klauen tun nur die Raben“ an die Kinder verteilt, und schon ist ein positives Presseecho in der Art „Politiker zeigt persönlich, wie man dem Ladendiebstahl vorbeugt“, gesichert.

Ich will mit diesem, sicher etwas polemischen und überzeichneten Beispiel keinesfalls den Eindruck erwecken, dass die Präventionsarbeit, die in den vergangenen Jahren auf sehr unterschiedlichen Handlungsebenen, zu sehr unterschiedlichen Themenbereichen, initiiert und durchgeführt wurde, mehrheitlich substanzlos oder oberflächlich war. Dem widersprechen viele gute und nachhaltige Programme und Projekte.

Die Beobachtungen und Erfahrungen während der zurückliegenden Dekade lassen jedoch den Schluss zu, dass im Bereich der Prävention eine Entwicklung stattgefunden hat, die aus verschiedenen Aspekten heraus kritisch, und damit meine ich als Vertreter der Polizei auch bewußt „selbstkritisch“, analysiert und auf den Prüfstein gestellt werden sollte.

Die Analyse könnte mit der „W-Frage“ erfolgen:

**Wer tut in der Prävention was und warum, mit wem, wie und wo tut er es?**

Dahinter steht die Frage, ob das, was als Kriminalprävention deklariert und durchgeführt wird, auch tatsächlich einem klaren präventiven Konzept mit transparenter Zielformulierung und fachlichem Anspruch folgt, oder aber beispielsweise Aktionismus aus persönlicher oder strategischer Motivation heraus darstellt.

Ich möchte an dieser Stelle unter dem Aspekt der Differenzierung auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Polizei sich ausschließlich mit "Kriminalprävention" befasst und nicht etwa mit Gesundheitsprävention, Prävention im politisch-militärischen oder Prävention im ökologischen Sinne.

Prävention bedeutet allgemein „Vorbeugung“. Kriminalprävention bedeutet demzufolge Vorbeugung gegen strafrechtlich relevantes, also kriminelles Handeln im weitesten Sinne. Die Kriminalprävention erfolgt traditionell einerseits täterorientiert, andererseits aber auch opferorientiert, um das Viktimisierungsrisiko zu senken.

Die Prävention kann und darf sich jedoch nicht nur bzw. bevorzugt an Individuen richten sondern muss sich im Sinne eines "ganzheitlichen Ansatzes" zunehmend auf die Lebenswelten der Menschen in einer Gesellschaft konzentrieren. Während im ersten Fall Verhaltensweisen und Geschehensabläufe Gegenstand der präventiven Anstrengungen sind, stehen im zweiten Fall die sozialen Systeme mit ihren Strukturen im Fokus. Man spricht in dem einen Fall von der Verhaltens-, in dem anderen Fall von der Verhältnisprävention.

Ich möchte diese Einteilung an einem Beispiel verdeutlichen.

Wenn die Polizei älteren Menschen rät, unbekanntem Personen die Haus- oder Wohnungstür nicht zu öffnen und diese schon gar nicht in die Wohnung zu lassen, fällt dies in den Bereich der Verhaltensprävention.

Da die Polizei in der Regel nicht weiß, wann und wo im konkreten Einzelfall ein älterer Mitmensch Opfer eines betrügerischen Haustürgeschäftes oder Diebstahls wird, ist die Gruppe der „Senioren“ im allgemeinen Adressat der kriminalpräventiven Bemühungen. Dies erfolgt in der Annahme von Informationsdefiziten in Bezug auf Sicherheitsfragen. Diese Form von Verhaltensprävention erfordert einen großen finanziellen und organisatorischen Aufwand.

Es werden in der Regel Kampagnen gestartet, bei denen unterschiedliche Informationsbroschüren, Flyer und Streumittel in großer Menge produziert und verteilt werden. Hinzu kommt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, unter anderem mit medienwirksamen Begleitaktionen und Vortragsveranstaltungen.

Diese Form von Prävention erfolgt also weitestgehend unpersönlich und punktuell. Es mangelt in der Regel auch an der Rückkopplung, ob und in welchem Maße sich durch die Präventionsaktivitäten langfristig eine Verhaltensänderung bei der Zielgruppe eingestellt hat.

Wenn dahingegen in einem begrenzten Wohngebiet, in dem viele ältere Menschen in relativ anonymer Wohnstruktur und angstbesetzter Atmosphäre leben, konkrete baulich-technische Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und Steigerung des Wohnwertes, in Verbindung mit Initiativen zur Steigerung des Gemeinschaftsgefühls und gegenseitiger Verantwortungsübernahme im Sinne des sogenannten „neighbourhood watching“ ergriffen werden, ist dies bereits eine Form der *Verhältnisprävention*, weil diese präventiven Maßnahmen auf eine Veränderung der Strukturen abzielen, in denen die Menschen in diesem begrenzten Lebensraum zusammenleben.

Dies kann sich beispielsweise durch die Aktivierung und Schulung von sogenannten „Sicherheitsberatern“ und dem Organisieren regelmäßiger Treffen der Hausbewohner konkretisieren. Dabei können Entwicklungen, Neuigkeiten oder Hinweise, die im weitesten Sinne Sicherheitsfragen betreffen, persönlich transferiert oder "richtiges Verhalten" in Form von Interaktionsmustern eingeübt werden.

Durch den damit verbundenen Abbau der Anonymität und die "Personifizierung" der Nachbarschaft erhöht sich zwangsläufig das positive Sicherheitsempfinden. Potentiellen Straftätern wird dadurch ihr auf Isolierung und Angst aufgebautes Handlungskonzept zumindest erschwert.

Eine Grundvoraussetzung für das Gelingen von kriminalpräventiver Arbeit ist es, dass die Menschen, an die sich die Präventionsmaßnahmen individuell oder als Glied eines Systems richten, diese auch als nutzbringend und entlastend bewerten. Das setzt voraus, dass die Menschen zwischen ihrer Lebenssituation und der Problematisierung die dem Präventionszweck zugrundeliegt, eine Verknüpfung herstellen können. Es muss quasi ein gewisser "Leidensdruck" vorhanden sein.

Prävention kann nicht aufkotroyiert werden, sondern muss aus der Zielgruppe heraus gewollt sein, sonst laufen die Anstrengungen ins Leere.

Dieser Aspekt kommt insbesondere auch in der kommunalen Kriminalprävention zum Tragen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass kommunale Präventionsgremien solange gut arbeiten, wie ein konkreter Bezug und Handlungsbedarf zu Präventionsthemen vor Ort gesehen, und dieser im Kontext zu den vorhandenen Möglichkeiten als präventabel bewertet wird.

Kriminalpräventives Planen und Handeln erfordern ein hohes Maß an Fachlichkeit. Die Fachleute aus den unterschiedlichen Verantwortungsbereichen, die sich professionell mit dem Thema "Kriminalprävention" befassen, müssen in der Lage sein, ihr differenziertes Wissen über Möglichkeiten und Bedingungen kriminalpräventiver Maßnahmen so an die regionalen und kommunalen Verantwortungsträger zu vermitteln, dass diese es verstehen und auf die eigenen Gegebenheiten projizieren können. Dies ist Voraussetzung für die Erstellung differenzierter und qualifizierter Handlungskonzepte vor Ort.

Kriminalprävention umfasst die gesamten staatlichen und privaten Bemühungen, Programme und Maßnahmen, um Kriminalität als gesellschaftliches Phänomen oder als individuelles Ereignis zu verhüten, zu reduzieren und deren Folgen gering zu halten.

In diese Bemühungen sind alle gesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen. Eine von diesen relevanten Gruppen ist ohne Zweifel die Polizei. Sie ist aber nur einer von vielen Akteuren. Auch wenn der Begriff – Kriminalprävention- die Assoziation mit der Institution Polizei geradezu herausfordert, ist der Polizei auf diesem Gebiet keine dominierende Rolle zugeordnet.

Der präventive Auftrag der Polizei ergibt sich aus den Sicherheits- und Ordnungsgesetzen der Länder, in Hessen in der Kurzform –HSOG- genannt. Die Aufgabengeneralklausel im § 1 (1) HSOG verpflichtet die Polizei unter anderem dazu, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Dies beinhaltet auch die Verhütung, also Vorbeugung, von strafbaren Handlungen.

Die "Polizeiliche Kriminalprävention" ist ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention. Sie umfasst zum einen eigenständig durch die Polizei wahrzunehmende Aufgaben. Dazu gehören insbesondere die polizeiliche Vorbeugungsarbeit durch Präsenz im öffentlichen Raum und die sicherungstechnische und verhaltensorientierte Beratung und Öffentlichkeitsarbeit, die auf die Verhinderung von Kriminalität durch die Verringerung von Tatgelegenheiten ausgerichtet ist.

Diese eigenständig durch die Polizei vorzunehmende Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit wird dem sogenannten *situativen Präventionsansatz* zugerechnet. In diesem Bereich kann die Polizei ihr unmittelbares Erfahrungswissen und ihre lagebezogenen Erkenntnisse, ergänzt durch erworbenes Spezialwissen, einsetzen.

Zum anderen umfasst polizeiliche Kriminalprävention aber auch die Mitwirkung der Polizei an Präventionsmaßnahmen anderer Verantwortungsträger. "Mitwirkung" bedeutet vor allem die Pflicht der Polizei, andere Verantwortungsträger aktiv auf kriminalitätsrelevante Probleme hinzuweisen, die zur Problemlösung benötigten Informationen bereitzustellen und ggf. auf gemeinsame Präventionsmaßnahmen hinzuwirken.

Weiterhin hat die Jugendhilfe *Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen*, was sich in § 14 KJHG als "Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz" konkretisiert und damit auch eine präventive Aufgabenzuweisung darstellt.

Aus § 1 (3) in Verbindung mit § 11 KJHG ist aber darüber hinaus der Auftrag an die Jugendhilfe für den strukturellen Jugendschutz abzuleiten, wonach die öffentliche Jugendhilfe, freie Träger der Jugendhilfe sowie Verbände, Vereine und Initiativen offene und *gemeinwesenorientierte* Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung stellen sollen, die für die Förderung der Entwicklung von jungen Menschen erforderlich sind. Damit wird auch den Zielen der sozialen Prävention entsprochen, da durch die Angebote der Jugendarbeit in Verbindung mit Hilfen im Bereich der Jugendsozialarbeit gemäß § 13 KJHG, sozio-kulturelle Mängel und sozialstrukturelle Defizite junger Menschen beseitigt werden können, die als tieferliegende Ursachen für die Entstehung von Kriminalität anzusehen sind.

Soziale Prävention und struktureller Jugendschutz fallen jedoch ausdrücklich nicht in den Kompetenzbereich der Polizei.

Die Polizei hat aber ein ureigenes Interesse daran, dass Kinder und Jugendliche in ihren Stadtteilen oder Quartieren angemessene Lebens- und Entwicklungsbedingungen vorfinden. Denn die Gefahr, dass Jugendliche abweichendes, sozialschädliches Verhalten entwickeln und sich selbst oder andere gefährden, wird durch das Vorhalten sinnvoller Möglichkeiten und Alternativen zur Lebens- und Freizeitgestaltung geringer werden bzw. abgemildert.

Dem gegenüber kann das Gefühl, ausgegrenzt zu sein, gepaart mit Langeweile und mangelnder Konfliktfähigkeit, dazu führen, dass es früher oder später zu normabweichendem Verhalten im strafrechtlich relevanten Sinne kommt. Dabei spielen insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen die sogenannten "peer-groups" bei den Jugendlichen eine besondere Rolle.

Der Polizei bleibt dann die undankbare Aufgabe, als Institution am Ende einer Entwicklungskette tätig werden zu müssen, indem sie zunehmend Kinder und Jugendliche als Tatverdächtige im Zusammenhang mit strafbaren Handlungen registrieren muss. Die Polizei erlebt ihre Ohnmacht, immer wieder auf die gleichen Mißstände aufmerksam zu machen, immer wieder mit den gleichen, sozial desorientierten jungen Menschen konfrontiert zu werden, sich immer wieder die Frage zu stellen, was noch alles passieren muss, damit sich jemand um diejenigen Kinder und Jugendlichen kümmert, die Gefahr laufen der Gesellschaft dauerhaft zu entgleiten.

Der Polizei kommt dabei eine wichtige Frühwarnfunktion zu. Sie erfährt aufgrund ihrer kontinuierlichen und flächendeckenden Präsenz in der Regel früher als andere, wo Gefährdungspotentiale entstehen, wo sich Spannungen zwischen Jugendgruppen oder verschiedenen Ethnien aufbauen und wo sich neue Gefährdungsorte bzw. Angsträume entwickeln.

Sie registriert und analysiert fortlaufend Lageentwicklungen und erkennt dabei Kriminalitätsbrennpunkte, sowohl geografisch als auch deliktisch. Aus den Ermittlungstätigkeiten erhält sie wertvolle Hinweise darauf, welche Prozesse und begünstigende Faktoren zu den strafbaren Handlungen oder Gefahrensituationen geführt haben.

Aus polizeilicher Sicht müssen in Stadtteilen, insbesondere in denjenigen die als "soziale Brennpunkte" eingestuft werden, jungen Menschen mehr Partizipationsmöglichkeiten eingeräumt werden. Sie brauchen dort wo sie leben auch Zugang zu Begegnungsstätten, zu kulturellen, sportlichen und bildungsorientierten Angeboten. Der Stadtteil muss jungen Menschen als lebens- und damit auch als liebenswert erscheinen. Dies setzt voraus, dass die jungen Menschen auch aktiv in den Prozess der Stadtteilentwicklung einbezogen werden.

Ein Stadtteil, in dem der junge Mensch mehr das Gefühl hat geduldet zu sein als willkommen, der ihm nicht das Gefühl von "Zuhause" sondern lediglich das eines "Schlafdomizils" vermittelt, fördert bei jungen Menschen auch nicht die Einstellung, für diesen Lebensraum, seine Bewohner und seinen Zustand mit verantwortlich zu sein.

Mit einem Stadtteil, in dem der junge Mensch für sich keine Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten sieht, den er ständig verlassen muss, um an Angeboten oder Leistungen teilzuhaben, die die Stadt nur an anderer Stelle vorhält, wird er sich nur schwer identifizieren. Er wird aufgrund dieser mangelhaften Bedingungen eher frühzeitig zu der Erkenntnis gelangen, einer unterprivilegierten Bevölkerungsgruppe anzugehören und sich als "Underdog" definieren, der ja ohnehin keine Chance hat. Dies ist natürlich stark von der persönlichen sozialen Disposition und Situation abhängig, in der sich der junge Mensch befindet.

Die Chancen, sich zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit entwickeln zu können, wie es in der Generalklausel des § 1 KJHG als Recht eines jeden jungen Menschens formuliert ist, dürften jedenfalls für junge Menschen in benachteiligten Stadtteilen ungleich geringer sein, als beispielsweise für einen Jugendlichen in einer prosperierenden, historisch gewachsenen Kleinstadt.

Vor diesem Hintergrund hat die Polizei ein selbstverständliches Interesse daran, ihre Erkenntnisse und Erfahrungen in das Programm "Soziale Stadt" mit einzubringen. In der Vergangenheit reduzierte sich die Beteiligung der Polizei in Fragen der Städteplanung häufig auf den Bereich der Verkehrsleitplanung und Schulwegssicherheit, ohne damit deren Bedeutung schmälern zu wollen.

Die Einbindung der Polizei in das Programm "Soziale Stadt" kann meines Erachtens im Hinblick auf die Arbeit mit der Zielgruppe Kinder und Jugendliche aus den dargelegten Gründen jedoch nur in beratender und unterstützender Form erfolgen.

Allem voran muss die Polizei dafür Sorge tragen, dass sie für die relevanten Verantwortungsträger, wie z.B. Schule, Sozialarbeit und Eltern, in den Stadtteilen kompetente Ansprechpartner wie *Jugendkoordinatoren*, qualifizierte *Jugendsachbearbeiter* und *Kontaktbeamte* vorhält, die sich auch in Präventionsgremien und interdisziplinären Arbeitskreisen mit ihren Erfahrungen und Erkenntnissen unterstützend und beratend beteiligen können.

Sie muss für die Kinder und Jugendlichen selbst als verlässliche *Schutzinstanz*, aber auch als konsequente *Strafverfolgungsinstanz* unter transparenter Darstellung ihres gesetzlichen Auftrages *erkennbar* und *erreichbar* sein.

Polizei kann und darf sich aber nicht zum "Sozialkonstrukteur zweiter Klasse" instrumentalisieren lassen und darf sich ihrerseits auch nicht hierzu berufen fühlen.

Im letzten Teil meiner Ausführungen möchte ich Ihnen anhand eines Beispiels verdeutlichen, wie die Polizei im Kontext zum Thema dieser Veranstaltung "Bewegungsräume für Jugendliche in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf" Unterstützung leisten kann bzw. geleistet hat.

Angebote für Kinder und Jugendliche in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf müssen grundsätzlich niedrigschwellig erfolgen. Es handelt sich ja in der Mehrzahl um junge Menschen, die eher über geringe Voraussetzungen im Bezug auf Kommunikationsfähigkeit, Kreativität oder Allgemeinbildung verfügen. Der Sport bietet grundsätzlich gute Möglichkeiten, Kindern und Jugendlichen niedrigschwellige Angebote zu unterbreiten. Der spaßorientierte Freizeitsport genießt bei jungen Menschen einen hohen Stellenwert. Sie möchten sich dabei in der Regel nicht fest binden, keinen zeitlichen Beschränkungen oder Zwängen unterordnen und keinem Leistungsgedanken folgen.

Insbesondere der Mannschafts- oder Gruppensport bietet gute Möglichkeiten zur Förderung der Integration, der Begegnung und des Austausches, der Steigerung des Selbstwertgefühls und des sozialen Lernens.

Er kann gewaltpräventive Wirkung erzielen, wenn auch junge Menschen mit sozialen Defiziten Akzeptanz erfahren, wenn sie gewaltfreie Konfliktlösungsmuster kennenlernen und auch ihre Körperlichkeit (Kraft, Schnelligkeit, Härte), gegebenenfalls als Bestandteil bzw. Schlüsselqualifikation der Sportausübung, regelkonform –kanalisiert- ausleben können. Sport ist daher quasi ein "Vehikel" und "Medium" zugleich für die Sozialarbeit, auch unter gewaltpräventiven Aspekten.

Damit diese Potentiale des Sports abgerufen und genutzt werden können bedarf es jedoch einiger Voraussetzungen. Zum einen müssen den jungen Menschen in breitem Umfang die benötigten und größtenteils vorhandenen Sportstätten zugänglich gemacht werden, ohne dass dies an eine Vereinsmitgliedschaft oder sonstige vertragliche Bindung geknüpft wird.

Gerade in den Städten gibt es häufig ungenutzte oder stillgelegte Plätze, Werksflächen oder Hinterhöfe, die sich mit geringem finanziellen und logistischen Aufwand für den Freizeitsport nutzen ließen.

Zum anderen bedarf es qualifizierter Betreuer, die neben sportlicher Kompetenz vor allem soziale Kompetenz aufweisen.

Dies erfordert langfristig eine breite Kooperation von Sportvereinen, der Jugendsozialarbeit im Stadtteil, der kirchlichen Jugendarbeit, von Jugendverbänden und privaten Initiativen, um die vorhandenen Fähigkeiten und Ressourcen bündeln zu können.

Durch diese Kooperation würde sich der Jugendarbeit mittels des Sports eine zusätzliche Plattform erschließen, die den Zugang zu problembelasteten und sozial auffälligen Kindern und Jugendlichen im "Viertel" ermöglichen könnte.

Als gute Umsetzungsmöglichkeit haben sich die sogenannten "Nightball"- oder "Midnightball"-Veranstaltungen erwiesen, bei denen junge Leute in zwangloser Atmosphäre, ohne kommerziellen Aufwand, verschiedene Ballsportarten ausüben und miteinander kommunizieren können. Derartige Angebote folgen dem Gedanken, jungen Menschen, die schwer integrierbar sind und die sich ohnehin zu altersuntypischen Zeiten im öffentlichen Raum, häufig an jugendgefährdenden Orten, aufhalten, eine sinnvolle Beschäftigung anzubieten.

Die Polizei unterstützt seit fast vier Jahren mit ihrem Programm "MY WAY – FAIR PLAY" bundesweit derartige Projekte und Initiativen. Sie tut dies in logistischer Form durch die kostenlose Bereitstellung von Streetbasketbällen, Info-Broschüren zur Organisation von Auftaktturnieren, Streumitteln und Ankündigungsplakaten. Ich habe dieses Programm vor zwei Jahren in Hessen temporär durch Fußbälle ergänzt, um damit noch mehr junge Menschen erreichen zu können.

Mehrere tausend Streetbasketbälle und hunderte Fußbälle sowie Balltragebeutel, T-Shirts und Kappen wurden im Rahmen dieses Programms seitdem über die Jugendkoordinatoren der hessischen Polizei an engagierte Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter, Jugendverbände, Sportvereine, Schulen und Fördervereine der Jugendarbeit herausgegeben. Dabei habe ich in Hessen vom Programmstart an Wert darauf gelegt, dass diese Mittel nicht zu aktivistischen Zwecken oder Werbezwecken für die Polizei eingesetzt wurden.

Gleichzeitig habe ich stringent darauf geachtet, dass die hessische Polizei sich bei der Umsetzung des Programms nicht als neuer Akteur in der Jugendarbeit definiert, sondern lediglich als Wegbereiter und Unterstützer derartiger Initiativen.

Dieses Programm bietet der Polizei gleichzeitig eine gute Möglichkeit, persönliche Kontakte zur Jugendhilfe und Jugendeinrichtungen zu knüpfen und Wege für eine tragfähige Zusammenarbeit und Kooperationen vor Ort zu erschließen. In Einzelfällen fand oder findet auch eine personelle Unterstützung und Begleitung derartiger Projekte durch engagierte Polizeibeamte in ihrer Freizeit statt.

Ich persönlich tue dies seit zwei Jahren in der Kleinstadt in der ich lebe, als Mitglied eines Fördervereines zur Unterstützung unseres städtischen Jugendhauses.

In vielen hessischen Regionen und Städten wurden in den vergangenen vier Jahren Initiativen im Sinne des Programms "MY WAY – FAIR PLAY" durch die Polizei unterstützt. Daraus sind zum Teil dauerhafte Projekte entstanden, wie z.B. in Frankfurt oder Korbach.

In Frankfurt läuft bereits seit mehreren Jahren die Aktion "Mitternachtssport", die von der Sportjugend in Zusammenarbeit mit der Stadt, Schulen und Vereinen organisiert und durchgeführt wird. Zielsetzung der Verantwortlichen ist es, Zitat: "Netzwerke in den Stadtteilen zu schaffen, die auch schwer zugängliche Jugendliche auffangen können".

Die Polizei in Frankfurt begleitet und unterstützt diese Aktion, die in Sportstätten in verschiedenen Stadtteilen Frankfurts durchgeführt wird, über Mittel aus dem Programm "MY WAY – FAIR PLAY" in Verbindung mit der Kampagne "Gewalt sehen, helfen!" und durch Präsenz an den Austragungsorten, um Störungen zu verhindern.

Sehen Sie dies als Beispiel für eine Unterstützungsleistung der Polizei an, die abgesehen von der gefahrenabwehrenden Aufgabenwahrnehmung keiner polizeilichen Aufgabenstellung entspringt. Ich will Ihnen daher auch nicht verschweigen, dass die Mittel für dieses Programm des Bundes und der Länder inzwischen ausgeschöpft sind und nach meinem Kenntnisstand auch mittelfristig keine neuen Mittel bereitgestellt werden.

Die hessische Polizei verfügt jedoch derzeit noch über Material aus diesem Programm und wird solange wie möglich derartige Projekte und Initiativen unterstützen.

Unabhängig von diesem Beispiel wird Sie die Polizei bei Ihren Bemühungen für die Schaffung jugendgerechter Lebensbedingungen in der Stadt beraten und unterstützen, soweit es in ihren Kräften steht und ihrer Kompetenz entspricht.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Peter Korstian, Hessisches Landeskriminalamt

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Quellen:

Prof. Dr. Baum, "Der Stadtteil als sozialer Raum", Dokumentation zu einem Fachforum der Bundesarbeitsgemeinschaft "Kinder und Jugendschutz" unter dem Titel "Bevor es zu spät ist", Herausgeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1999)

Dr. Wiebke Steffen, "Kinder- und Jugendkriminalprävention als polizeiliche Aufgabe?", Zeitschrift für Jugendschutz "KJuG" (2/98)

Martin Hafen, "Prävention als Begleitung von Veränderungsprozessen", Zeitschrift "SuchtReport" (6/2001)

Lehr- und Studienbriefe Kriminologie, Nr. 3 "Kriminalprävention", Verlag Deutsche Polizeiliteratur (VDP), (1997)

Peter Korstian, "Sport statt Gewalt – eine gewaltige Herausforderung", International Police Association (IPA) – Deutsche Sektion, Broschüre "Sport statt Gewalt" (2002)

Soziale Stadt in Hessen

Veranstaltungen

Servicestelle HEGISS

HEGISS [zots'jade stat]

Hessische Gemeinschafts-  
initiative Soziale Stadt

**hessen »** Hier ist die Zukunft

**Die Sportvereine –  
Ein Versuch auf  
empirischer Grundlage**

Prof. Dr. Eike Emrich

Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft

Band 106

# Die Sportvereine

Ein Versuch auf empirischer Grundlage

Eike Emrich  
Werner Pitsch  
Vassilios Papathanassiou



VERLAG KARL HOFMANN SCHORNDORF

Mit freundlicher Genehmigung des Mitautors Prof. Dr. Eike Emrich stellen wir auszugsweise die nachfolgende Veröffentlichung in den Materialienband ein; sie gibt wesentliche Aussagen und Analysen des Vortrages von Herrn Prof. Dr. Emrich wieder.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme  
**Emrich, Eike:**  
 Die Sportvereine : ein Versuch auf empirischer Grundlage /  
 Eike Emrich ; Werner Pitsch ; Vassilios Papatthanassiou. –  
 Schorndorf : Hofmann, 2001  
 (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft ; Bd. 106)  
 ISBN 3-7780-0906-0

95  
 Spo  
 TA  
 DCSO



Universitätsbibliothek  
 LMB Kassel



Bestellnummer 0906

1. Auflage 2001  
 © by Bundesinstitut für Sportwissenschaft, Köln, Carl-Diem-Weg 4

**Verlag Karl Hofmann, Schorndorf**

Gesamtherstellung in der Hausdruckerei des Verlags  
 Printed in Germany · ISBN 3-7780-0906-0

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Direktors des Bundesinstituts für Sportwissenschaft ..... 9

Vorwort der Autoren ..... 11

Kurzfassung ..... 13

**1 Forschungsstand und Forschungskonzept** ..... 29

1.1 Aspekte der Vereins- und Sportvereinsforschung in Deutschland –  
 zum Forschungsstand ..... 29

1.1.1 (Sport-)Vereine als Gegenstand historisch orientierter  
 Sozialforschung ..... 29

1.1.2 Mitglieder und Angebote – innere Struktur und äußere Einflüsse ..... 40

1.1.2.1 Organisationsinterne Einflüsse auf das Bindungsverhalten ..... 44

1.1.2.2 Organisationsexterne Einflüsse auf das Bindungsverhalten ..... 47

– Individualisierung, veränderte Werthaltungen und  
 Wertpräferenzen ..... 51

*Exkurs: Frühe Überlegungen zum Phänomen der Individualisierung  
 bei SIMMEL* ..... 52

– Themen der Sportvereinsforschung unter dem Blickwinkel  
 der Wechselwirkungsprozesse zwischen innerer Struktur und  
 äußeren Einflüssen ..... 63

1.1.3 Formen des Engagements in Sportvereinen ..... 73

– Die historischen Wurzeln der Abgrenzung zwischen Ehrenamt  
 und Hauptamt ..... 74

– Zur Professionalisierungsthese ..... 79

– Zur ehrenamtlichen Mitarbeit in Sportvereinen ..... 86

– Zur hauptamtlichen Mitarbeit in Sportvereinen ..... 94

1.1.4 Überlegungen zu einer Wirtschaftssoziologie der Sportvereine ..... 96

– Strukturelle Besonderheiten von „Nonprofit“-Organisationen ..... 98

– Die soziale Bedingtheit wirtschaftlichen Handelns in Sportvereinen ..... 104

– Anteile der Mitglieder nach Geschlecht .....	203
– Die Dynamik des Mitgliederbestandes der Sportvereine .....	205
3.3.3 Struktur des sportbezogenen und außersportlichen Angebotes .....	206
– Angebotsstruktur und Angebotswahrnehmung .....	207
– Das Sportangebot in kategorialer Betrachtung .....	208
– Angebotsausrichtung und wahrgenommene Angebotserwartungen .....	213
– Zielgruppenspezifik von Sportangeboten .....	218
– Das Beispiel des Sports Älterer in den Sportvereinen .....	218
– Das Beispiel der Sport-Angebotswahrnehmung durch Kinder und Jugendliche .....	227
– Das Beispiel der Sport-Angebotswahrnehmung durch Frauen .....	231
– Zur Bindung erfolgreicher Sportler an den Sportverein .....	236
3.3.4 Strukturelle und angebotsbezogene Heterogenität .....	240
3.3.5 Ehrenamtliche Mitarbeit in Sportvereinen .....	245
– Positionenbindungen .....	256
– Frauen in Ehrenämtern .....	260
– Finanzielle Entschädigungen für ehrenamtliche Mitarbeiter .....	266
– Ost-West-Unterschiede .....	268
– Die Auskunft erteilenden Vertreter der Sportvereine .....	272
3.3.6 Hauptamtliche Mitarbeit in Sportvereinen .....	276
– <i>Exkurs: Numerische Peripetien zum „Arbeitsmarkt Sportverein“</i> .....	280
3.3.7 Sportsysteminterne und -externe Kontakte .....	281
3.3.8 Merkmale der formalen Vorstandsarbeit .....	288
3.3.9 Zukunftsaufgaben aus der Sicht der Sportvereine .....	292
3.3.10 Selbstdarstellung und Mitgliedererwartungen .....	295
– Mitgliedererwartungen .....	296
3.3.11 Gewinnung, Verwaltung und Verwendung finanzieller Ressourcen .....	298
– Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen .....	312
– Abschließende Bemerkungen zu finanzsoziologischen Aspekten von Sportvereinen .....	324
3.3.12 Sportanlagensituationen .....	325
<b>4 Theorieentwicklung</b> .....	331
4.1 Überprüfung theoriegeleiteter Hypothesen .....	332
4.1.1 Zur Funktion der Entkoppeltheit von Reden und Handeln in Sportvereinen .....	332
4.1.2 Die Dimension der Offenheit der Sportvereine in Abhängigkeit vom Umweltbezug .....	339
– Offenheit und Geschlossenheit in der Selbstdarstellung der Sportvereine .....	345

1.2 Forschungskonzept .....	112
1.2.1 Anlage der empirischen Untersuchung .....	113
1.2.2 Zur Struktur des Erhebungsinstruments .....	122
<b>2 Methode, Instrument und Datenaufbereitung</b> .....	127
2.1 Zur Analyse eingesetzte statistische Tests .....	127
2.2 Zur Deskription eingesetzte Verfahren und Kennwerte .....	128
– <i>Exkurs: Probleme der einfachen Statistik</i> .....	129
2.2.1 Kennwerte der Mitgliederdynamik .....	133
2.2.2 Kennwerte der Heterogenität des Mitgliederbestandes .....	136
2.2.3 Kategorien zur Analyse von Einnahmen und Ausgaben .....	138
<b>3 Empirische Bestandsaufnahme</b> .....	141
3.1 Forschungsleitende Überlegungen .....	141
3.1.1 Die Funktion der Beschreibung der Situation von Sportvereinen .....	142
3.1.2 Zum Unterschied zwischen Sportvereinen in den neuen und alten Bundesländern: Überlegungen zu Forschungsfragen .....	142
3.2 Datengestützte Entwicklung begrifflicher Instrumente und spezifischer Parameter .....	150
3.2.1 Kategorisierung von Sportangeboten .....	150
– Strukturen der Kategoriensysteme .....	151
– Die empirische Verwendbarkeit der Kategoriensysteme .....	156
– Die Vollständigkeit in bezug auf die Angebote .....	157
– Vollständigkeit in bezug auf die Angebote .....	160
– Abschließende Beurteilung der Kategoriensysteme .....	162
3.2.2 Zur verwendeten Strukturtypologie der Sportvereine .....	165
– <i>Exkurs: Zum Einfluß der Wahl unterschiedlicher Klassengrenzen auf das Ergebnis von Analysen</i> .....	165
3.2.3 Faktorenanalyse Skalen im FISAS-Fragebogen .....	171
– Faktorenanalyse der Selbstdarstellungs-Skala .....	173
– Faktorenanalyse der Mitgliedererwartungs-Skala .....	176
– Zum Zusammenhang zwischen Selbstdarstellungs- und Mitgliedererwartungs-Skala .....	180
– Faktorenanalyse der Aufgaben-Skala .....	181
3.3 Aspekte der Struktur der Sportvereins-Landschaft .....	184
3.3.1 Alter der Sportvereine und organisationale Komplexität .....	184
3.3.2 Mitgliederstrukturen .....	192
– Aspekte der Repräsentation der bundesdeutschen Wohnbevölkerung in den Sportvereinen .....	195

4.1.3	Zu Aspekten der Heterogenität des Mitgliederbestandes	347
	<i>Exkurs: Praxisbezogene Implikationen mit begrenztem unmittelbarem Nutzen für praktisches Handeln</i>	353
4.2	Weiterentwicklung theoretischer Überlegungen	358
4.2.1	Die Unabhängigkeit von zeitgenössischen Ideologien	358
4.2.2	Die substantielle Unabhängigkeit von der jeweiligen Vereinsumwelt	359
4.2.3	Stellung der Überlegungen zur Umweltkoppeltheit von Sportvereinen in der Theorie des Sportvereins	366
<b>5</b>	<b>Ausblick</b>	371
5.1	Implikationen für sportwissenschaftliche Forschungsvorhaben	371
5.2	Implikationen für Sportvereine, Sportverbände und Sportpolitik	376
<b>Literatur</b>		381
<b>Anhang</b>		395
	Tabellenverzeichnis	395
	Abbildungsverzeichnis	401
	Regressionsgleichungen	405
	Tabellarischer Anhang	406
	Fragebögen	435
	Version 1	435
	Version 2	456

## **Kurzfassung**

### **I Zentrale Fragestellung und methodisches Vorgehen**

Die hier vorliegende Untersuchung hat den Zweck, Strukturen und Problemlagen der Sportvereine näher zu beschreiben und zu analysieren sowie in einzelnen Aspekten mit vorliegenden Befunden zu vergleichen. Sie soll Sportorganisationen helfen, ihre Aktivitäten auf die Erwartungen der Sportvereine auszurichten und erlaubt darüber hinaus Ableitungen für die künftige Gestaltung der Arbeit der Dachverbände vor allem für die Unterstützung von Landesfachverbänden und Sportvereinen. Das Ziel der Untersuchung war die Erfassung von Informationen bezüglich folgender Aspekte der Situation von Sportvereinen:

- Strukturmerkmale und Mitgliederstruktur
- Angebotsstruktur und Angebotswahrnehmung
- Mitarbeiterstruktur
- Außenkontakte der Sportvereine, und zwar sportsystemintern und sportsystemextern
- Grad der Formalisierung der Ablauforganisation
- Darstellung des Sportvereins durch den jeweiligen Vertreter
- Wahrgenommene Mitgliederinteressen
- Gewinnung, Verwaltung und Verwendung finanzieller Ressourcen
- Beitragsstrukturen
- Anlagensituation und -nutzung.

Zu diesem Zweck wurden im Rahmen einer schriftlichen standardisierten Befragung zwei Teilstichproben von insgesamt 15986 Sportvereinen interviewt. Beide Teilstichproben unterscheiden sich hinsichtlich Mitgliederstruktur und Abteilungsanzahl nicht von der Grundgesamtheit. Dabei kamen zwei teilweise übereinstimmende Instrumente zum Einsatz. Aus dem Rücklauf (n=5477) wurde eine nach den Anteilen der Landessportbünde am DSB repräsentative Stichprobe von insgesamt 3024 Sportvereinen zufällig ausgewählt.

### **II Kurzfassung ausgewählter Untersuchungsergebnisse**

Die Gesamtheit der Sportvereine in Deutschland läßt sich auf der Basis ihrer strukturellen Merkmale wie folgt kennzeichnen: Im Hinblick auf die Dauer ihres Be-

stehens gibt es wesentlich mehr eher junge als eher alte Sportvereine. Es handelt sich um vorwiegend wenig differenzierte Organisationen, die in der Mehrzahl einspartig sind und nur wenige Mitglieder umfassen. Im Überblick stellt sich dies folgendermaßen dar:

**Zur Altersstruktur**

- Ein Viertel der Sportvereine wurde vor 1926 gegründet,
- ein Viertel der Sportvereine wurde zwischen 1926 und 1961 gegründet,
- ein Viertel der Sportvereine wurde zwischen 1962 und 1979 gegründet, was auch Ausfluß des sogenannten „Goldenen Planes“ sein dürfte, und
- ein Viertel der Sportvereine wurde nach 1979 gegründet, wozu auch der Gründungsboom in den neuen Bundesländern nach 1989 beigetragen hat.

**Zur Abteilungsgliederung (s.a. Abbildung 0.1)**

- Rund 56% der Sportvereine haben eine Abteilung,
- rund 18% der Sportvereine haben zwei oder drei Abteilungen,
- rund 13% der Sportvereine haben vier bis sechs Abteilungen und
- rund 10% der Sportvereine haben sieben oder mehr Abteilungen.

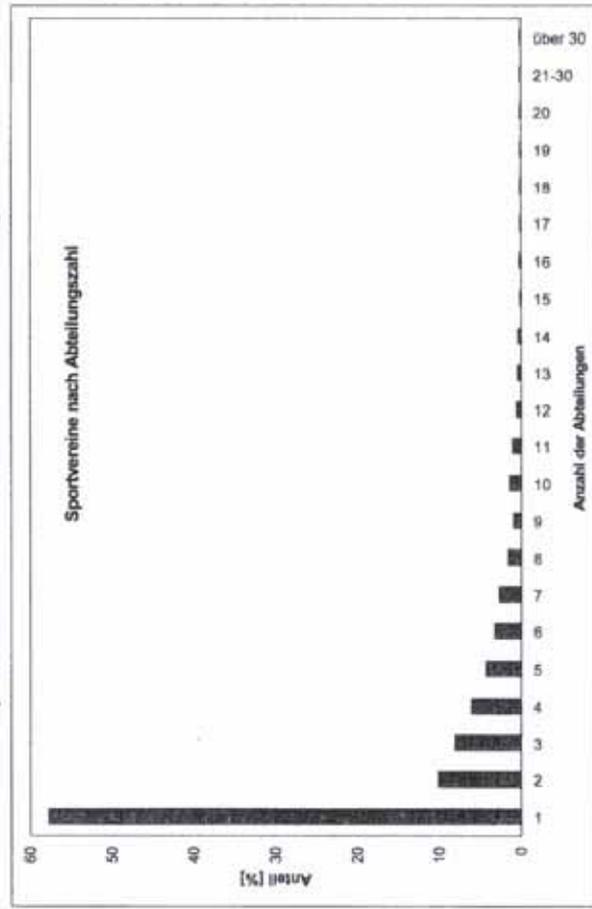


Abb. 0.1.: Sportvereine nach Abteilungszahl

**Zur Mitgliederzahl**

- Ein Viertel der Sportvereine hat bis zu 56 Mitglieder,
- ein Viertel der Sportvereine hat zwischen 57 und 144 Mitgliedern,
- ein Viertel der Sportvereine hat zwischen 145 und 353 Mitgliedern und
- ein Viertel der Sportvereine hat mehr als 353 Mitglieder.

Große, ausdifferenzierte und traditionsreiche Sportvereine, die in Medien und Sportverbänden häufig eine relativ große Beachtung finden, stellen in der Sportvereinslandschaft der Bundesrepublik Deutschland eine deutliche Minorität dar (s. Abbildung 0.2). In den neuen Bundesländern überwiegen Vereine mit geringen Mitglieder- und Abteilungszahlen noch stärker als in den alten. Insgesamt haben nur rund 0,5% der Sportvereine mehr als 3000 Mitglieder.

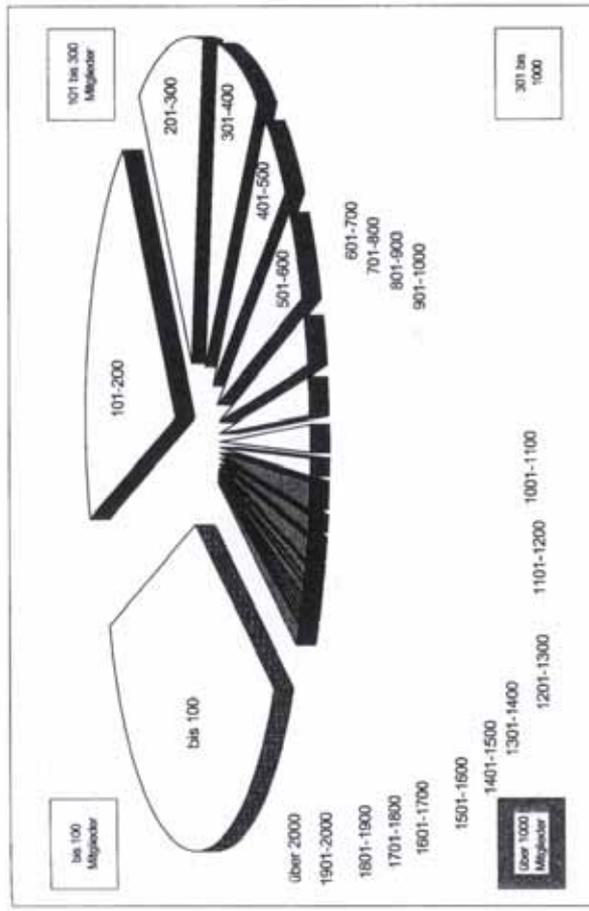


Abb. 0.2.: Sportvereine nach Mitgliederzahl

Im Mitgliederbestand der Sportvereine sind die 7- bis 14-jährigen und die 15- bis 18-jährigen gegenüber ihrem jeweiligen Anteil an der Wohnbevölkerung deutlich überrepräsentiert. Sportvereine sind also zumindest zahlenmäßig bedeutende Sozialisationsagenten, die Kinder und Jugendliche zu den Institutionen unserer Kultur hinführen. Dabei ist die Überrepräsentation der weiblichen Jugendlichen

unter den Sportvereinsmitgliedern noch wesentlich stärker als diejenige der männlichen Jugendlichen. Typischerweise finden sich auffällig viele Kinder und Jugendliche in den relativ wenigen großen bzw. mittelgroßen und eher alten Sportvereinen, während in den jungen Sportvereinen diese Gruppierungen weniger stark vertreten sind.

In den Sportvereinen, in denen sowohl männliche als auch weibliche Mitglieder zu finden sind, beträgt der durchschnittliche Anteil weiblicher Mitglieder 35%. Ein Viertel aller Sportvereine hat weniger als 18%, ein Viertel hat über 47% weibliche Mitglieder.

Im Mittel wachsen die Mitgliederzahlen der Sportvereine um mehr als 6% pro Jahr. Dabei vermehren 30% der Sportvereine rückläufige Mitgliederzahlen und circa 17% eine stagnierende Mitgliederentwicklung. Rund 53% der Sportvereine verzeichnen wachsende Mitgliederzahlen. Deren Mitgliederwachstum insgesamt gleicht die Mitgliederrückgänge der Sportvereine mit sinkenden Mitgliederzahlen mehr als aus. Darüber hinaus führt das Kommen und Gehen von Mitgliedern dazu, daß Sportvereine im Mittel jährlich circa 9% neu rekrutierte Mitglieder aufweisen. Die Daten zeigen deutlich, daß das Sportvereinsystem im Ganzen eine erfreuliche Offenheit für potentielle neue Mitglieder aufweist. Sportvereine mit ausschließlich weiblichen Mitgliedern sind dabei durch ein stärkeres Kommen und Gehen gekennzeichnet als diejenigen, die ausschließlich aus männlichen Mitgliedern bestehen.

#### *Die Angebote der Sportvereine*

In der nachfolgenden Aufstellung sind jene Sportarten dargestellt, die in mehr als 10% der befragten Sportvereine betrieben werden, und zwar zusammengefaßt nach der Zahl der Sportvereine, die die jeweilige Sportart angeeignet hatten:

- Fußball (32% der Sportvereine)
- Turnen (32% der Sportvereine)
- Tischtennis (17% der Sportvereine)
- Volleyball (14% der Sportvereine)
- Tennis (12% der Sportvereine)
- Leichtathletik (11% der Sportvereine)

**Die befragten 3024 Sportvereine nannten über 8000 Sportangebote, die sich auf über 600 verschiedene Angebotsformen verteilen.** Darunter nahmen die

wettkampfbезogenen Sportangebote mit rund 85% (hier vor allem Sportsple) einen dominierenden Platz vor den nicht wettkampfbезogenen Sportangeboten mit rund 12% ein. Unter den nicht wettkampfbезogenen Sportangeboten werden ausschließlich Angebote mit Fineß-, Wellneß- oder präventivem Gesundheitsaspekt in einer solchen Größenordnung genannt, wie sie auch im Bereich der wettkampfbезogenen Angebote auftritt. Spezifisch interventionistische Sportangebote (wie z. B. Koronarsport) haben dagegen eine zahlenmäßig geringere Bedeutung. Dies deutet darauf hin, daß die Sportvereine keinen präferierten Ort der Behandlung von Krankheiten darstellen. Möglicherweise sind allen Formen eindeutig instrumentalisierten Sporttreibens in den Sportvereinen enge Grenzen gesetzt. Die Funktionalisierung des organisierten Sports zur Behebung gesundheitlicher und anderer Einschränkungen von Minderheiten ist mit der Struktur der Sportvereine und den überwiegenden Interessen ihrer Mitglieder nicht kompatibel. **Die Gemeinwohlorientierung der Sportvereine zeigt sich darin, daß sie selbstorganisiert eine für die Existenz des Gemeinwesens wichtige Funktion ausüben. Sie ist ohnehin eine ihrer Existenz immanente soziale Funktion und bedarf auch keiner expliziten sekundären Legitimation mit Hilfe des Verweises auf sozialkompensatorische Leistungen.**

Neben den regelmäßigen sportlichen Angeboten werden in Sportvereinen mit großer Häufigkeit auch außersportliche und zusätzliche sportliche Angebote organisiert: Insgesamt geben rund 87% der Sportvereine an, außersportliche Angebote zu organisieren; zusätzliche Sportangebote werden in diesem Zusammenhang von rund 52% der Sportvereine genannt.

In der Nutzung der Sportangebote zeigte sich ein interessantes Muster: **So werden in der Regel von den Sportvereinen regelmäßige alltägliche Sportangebote über Alters- und Geschlechts Grenzen hinweg in ähnlicher Struktur angeboten, also:**

- **Jugendliche treiben den gleichen Sport wie Senioren,**
- **Frauen treiben den gleichen Sport wie Männer.**

Das bedeutet nicht, daß die Angebote nicht den jeweils spezifischen Möglichkeiten und Bedürfnissen der Teilnehmer angepaßt würden, so z. B. durch unterschiedliche Spielzeiten oder Geräteabmessungen und -gewichte. Jugendliche, Senioren und Frauen werden somit nicht als besondere Mängelwesen verstanden, für die jeweils

besondere Formen des Sporttreibens eingerichtet werden müßten, sondern als zwar spezifische Gruppierungen, die allerdings den gleichen Sport treiben wie alle anderen auch, also: eine echte Integration.

#### Zur ehrenamtlichen Mitarbeit in den Sportvereinen

Der weitaus überwiegende Teil der Sportvereine gibt genauso viele ehrenamtliche Mitarbeiter wie ehrenamtlich zu besetzende Positionen an. Es gibt, entgegen verbreiteter Vorstellungen, auch Fälle, in denen mehr ehrenamtliche Mitarbeiter angegeben werden als Positionen (s. Abbildung 0.3). Hierbei handelt es sich vermutlich um die bewußte Gestaltung eines Überganges, indem der Nachfolger im Amt bereits mit in die Arbeit integriert wird; teilweise handelt es sich vielleicht auch um besonders verdiente Personen, deren Engagement man würdigen bzw. deren Willen zum Engagement man durch Kooptation in die Führungsriege entgegenkommen will, ohne dafür gesonderte Positionen zu schaffen.

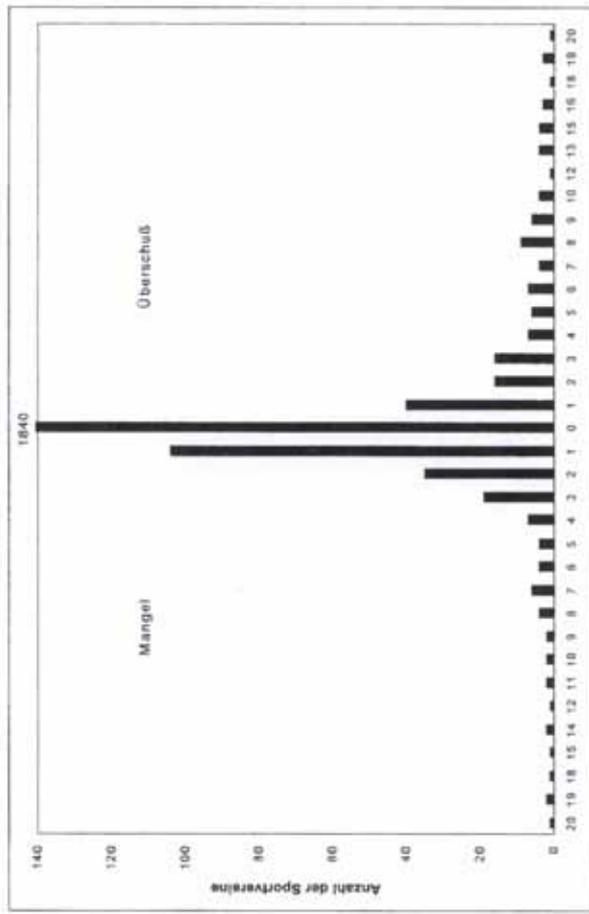


Abb. 0.3: Differenz zwischen der Zahl ehrenamtlich zu besetzender Positionen und der Zahl ehrenamtlicher Mitarbeiter

Insgesamt ergibt sich im Mittel ein Grad der Positionsbesetzung von rund 102%. Dies beruht nicht zuletzt auch darauf, daß die Mehrzahl der Sportvereine (rund

81%) angab, daß im Bezugsjahr der FISAS alle freiwerdenden Positionen auch wieder besetzt werden konnten. Nichtsdestotrotz behaupteten an anderer Stelle des Fragebogens rund 51% der Sportvereinsvertreter, daß in ihrem Sportverein aus Mangel an Bereitschaft zu ehrenamtlicher Mitarbeit Positionen nicht hätten besetzt werden können. Darüber, ob Anteile an dieser Diskrepanz auf eine zeitgenössische Mangelideologie oder auf die Betonung des Themas „Ehrenamt“ in Sport- und/oder gesellschaftspolitischen Kampagnen zurückgehen, kann nur spekuliert werden. Ein wesentlicher zahlenmäßiger Mangel konnte jedenfalls, wie in vorhergehenden Studien auch (EMRICH/PAPATHANASSIOU/PITSCH 1998; 1999), nicht belegt werden.

Eine Bündelung von Positionen tritt in 65% der Sportvereine auf. Die Mehrzahl dieser Bündelungen betrifft die Übernahme von Positionen sowohl auf der Ebene der Führung und Verwaltung als auch auf der Ausführungsebene. **Positionenbündelungen sind kein Ausdruck einer weit verbreiteten Oligarchisierung der Führungs- und Verwaltungsebene in den Sportvereinen. Vielmehr deutet die große Zahl der Bündelungen über die Arbeitsebenen hinweg darauf hin, daß die Trennung zwischen diesen Ebenen eine mehr oder weniger analytische Trennung bleibt, die sich im Handeln der ehrenamtlich Tätigen in vielen Sportvereinen nicht widerspiegelt.** Diese Interpretation wird auch gestützt durch die Angaben zu Konsequenzen aus der Bündelung ehrenamtlicher Positionen: Von den Sportvereinen, in denen Positionenbündelungen angegeben worden waren, sieht die überwiegende Mehrzahl darin weder Vor- noch Nachteile. Der Anteil der Sportvereine, der darin Vorteile sieht (rund 22%), liegt deutlich über demjenigen, der darin Nachteile sieht (rund 17%). Die genannten Vorteile liegen dabei vor allem auf der Seite der Organisation (z. B. besserer Informationsfluß, intensivere Kontakte zwischen Vorstand und Mitgliedern), während die Nachteile vor allem auf der Seite der Positionsinhaber gesehen werden (z. B. Überlastung, Zeitmangel).

**Der Anteil weiblicher Mitarbeiter auf der Ausführungsebene unterschied sich nicht deutlich von demjenigen weiblicher Mitarbeiter auf der Ebene der Führung und Verwaltung.** Innerhalb der Ebenen gab es jedoch deutliche Differenzierungen (s. Tabelle 0.1): So muß man auf der Vorstandsebene im Fall des Vorsitzenden, seines Stellvertreters, sowie des Sportwarts von einer deutlichen Unterrepräsentiertheit weiblicher Sportvereinsmitglieder ausgehen. Die Position des Schriftführers wird häufig von weiblichen Sportvereinsmitgliedern bekleidet, die

Position des Schieds- und Kampfrichters auf der Ausführungsebene dagegen nur selten.

Tab. 0.1: Anteil weiblicher Positionsinhaber in den Sportvereinen, die sowohl männliche als auch weibliche Mitarbeiter auf der jeweiligen Arbeitsebene angeben

	n	Anteil weiblicher Positionsinhaber	
		$\bar{x}$	s
<b>Ebene der Führung und Verwaltung</b>			
Vorsitzender	2131	8,9	34,1
stellvertretender Vorsitzender	2041	16,8	40,8
Geschäftsführer	701	27,8	43,9
Schriftführer	1709	53,3	49,3
Schatzmeister/Kassenwart	2085	35,8	46,5
Sportwart	1471	16,3	35,2
Pressewart	1074	29,7	53,0
Jugendwart	1674	30,2	44,0
Frauenwartin/Frauenbeauftragte	809	95,6	22,2
Seniorenwart	291	25,2	42,7
<b>Ausführungsebene</b>			
Mitglieder in Abteilungsvorständen	581	32,6	29,8
Schieds-/Kampfrichter	822	17,4	26,8
Trainer und Übungsleiter	1292	37,2	32,2

In 44,1% aller Fälle werden ehrenamtlichen Mitarbeitern von den Sportvereinen keine finanziellen Entschädigungen gewährt, was darauf hindeutet, daß das ursprüngliche Honorationsprinzip durchaus noch seine Geltung bewahrt hat. Bei der Gewährung von Aufwandsentschädigungen handelt es sich in der weit überwiegenden Mehrzahl um Übungsleiter- und Trainerentgelte, die meist zeit- und/oder aufwandsabhängig (z. B. Fahrtkosten) verrechnet werden, seltener um pauschale Entschädigungen.

In den Sportvereinen der neuen Bundesländer ist die Zahl ehrenamtlicher Mitarbeiter unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl vergleichsweise höher als diejenige in den alten Bundesländern, ohne daß sich der Grad der Besetzung ehren-

amtlicher Positionen zwischen neuen und alten Bundesländern wesentlich unterscheiden würde. Die stärkere ehrenamtliche Einbindung der Vereinsmitglieder betrifft beide Geschlechter gleichermaßen: **Sportvereine in den neuen Bundesländern haben mehr ehrenamtlich tätige männliche und weibliche Mitglieder als solche in den alten Bundesländern.**

#### Hauptamtliche Mitarbeiter in den Sportvereinen:

**In 12% der Sportvereine wird die Mitarbeit hauptamtlicher Kräfte angegeben,** wobei es sich durchschnittlich um zwei Personen pro Verein handelt. In diesen niedrigen Zahlen zeigt sich bereits, daß die in den Sportvereinen anfallenden Aufgaben größtenteils von ehrenamtlichen Mitarbeitern bewältigt werden und daß es sich bei den Sportvereinen bisher um keinen wesentlichen Arbeitsmarktfaktor im Sinne von Vollzeitbeschäftigung handelt. Die direkte arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Vereinssports wird nämlich durch die Tatsache geschmälert, daß die Anstellung meist in Form einer geringfügigen Beschäftigung erfolgt. Die verschiedentlich dargestellte und scheinbar große Bedeutung eines Arbeitsmarktes „Veinsport“ geht zum größten Teil darauf zurück, daß nicht nur geringfügig Beschäftigte, sondern auch die große Zahl der mittels Aufwandsentschädigung marginal entgoltenen ehrenamtlichen Trainer und Übungsleiter in die Zahl der in den Sportvereinen Beschäftigten hineingerechnet wurde.

Die Zahl abhängig Beschäftigter unterscheidet sich nicht zwischen Sportvereinen in den neuen und alten Bundesländern. Betrachtet man jedoch die Beschäftigungsstruktur, so zeigen sich deutliche Spezifika: Auf der Ausführungsebene sind in den neuen Bundesländern wesentlich weniger Mitarbeiter im Status geringfügig Beschäftigter tätig als in den alten Bundesländern, dagegen aber wesentlich mehr Personen im Rahmen einer Vollzeit-Beschäftigung. Letzteres ist eine deutlicher Hinweis auf ein Weiterleben alter Muster in den neuen Bundesländern im Bereich der Anstellungsformen hauptamtlicher Mitarbeiter in den Sportvereinen.

#### Zur Konkurrenz zwischen Sportvereinen und anderen Sportanbietern

Eine mögliche Konkurrenz um infrastrukturelle Ressourcen mit anderen Sportvereinen ist für rund 91% aller Sportvereine gegeben und für rund 64% gibt es eine mögliche Konkurrenz um Zugangschancen zu Sportstätten mit anderen nicht-kommerziellen Sportanbietern. Davon ist also offensichtlich ein großer Teil der Sportvereine betroffen. Bei der Frage nach möglichen Konkurrenzsituationen um

Sporttreibende zeigt es sich, daß in nur rund 10% aller Fälle (16% der Sportvereine, die kommerzielle Sportanbieter im Einzugsbereich angeben hatten) eine solche Konkurrenz mit kommerziellen Sportanbietern möglich scheint und in rund 8% aller Fälle eine solche mit nicht-kommerziellen Sportanbietern. Damit erscheint das Thema „Konkurrenz zwischen Sportvereinen und anderen Sportanbietern“, zumindest was die Möglichkeit zur Rekrutierung und Bindung von Mitgliedern angeht, aus Sicht der Befragten von nachrangiger Bedeutung.

Die Hypothese, daß Sportvereine in den neuen Bundesländern auf eine härtere Konkurrenz kommerzieller Sportanbieter trafen, konnte nicht bestätigt werden. Im Gegenteil: **Es werden von den Vertretern der Sportvereine in den neuen Bundesländern deutlich häufiger Kooperationen mit kommerziellen und nicht-kommerziellen Sportanbietern genannt als in den alten Bundesländern.**

*Aufgaben der Sportvereine, ihre Selbstdarstellung und die Erwartungen der Mitglieder*

Folgende Zukunftsaufgaben wurden von der überwiegenden Mehrheit der Vertreter der Sportvereine als wichtige, zu lösende Aufgaben eingeschätzt:

- den Mitgliederstand zu halten,
- Mitglieder zu bewegen, sich ehrenamtlich zu engagieren,
- die Attraktivität zu erhöhen und
- neue Mitglieder zu gewinnen.

Als für die Mehrzahl der Sportvereine eher unwichtig stellten sich die folgenden Aufgaben heraus:

- die Zusammenarbeit zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern zu verbessern,
- Schulden zu tilgen,
- Ärger mit Wohnanliegern zu vermeiden und
- Umweltauflagen zu erfüllen.

In einer zusammenfassenden Analyse rangierte der Bereich der Mitglieder-Bestandssicherung und -erweiterung vor der Pflege und dem Erhalt von Sportanlagen und Natur. Es folgten mit absteigender Bedeutung die personelle und finanzielle Ressourcenmobilisierung sowie die adressatenbezogene Angebotsentwicklung. Der Schwerpunkt der Aufgabenwahrnehmung in den Vorständen der Sport-

vereine ist also eher innengerichtet und auf den Mitglieder- und Anlagenbestand bezogen.

In der Selbstdarstellung des Sportvereins ergaben sich mit absteigender Bedeutung die folgenden Prioritäten:

- Solidaritätsdenken,
- Leistungs- und Wettkampfsport,
- innovativer Breiten- und Freizeitsportanbieter sowie
- Gemeinwohlorientierung.

Auch hier rangierten innengerichtete Sichtweisen vor der Orientierung an einer vereinsexternen Öffentlichkeit, wobei die Reihenfolge nicht genau derjenigen der Bedeutung der sinnensprechenden Dimensionen im Bereich der Mitgliedererwartungen entspricht, nämlich:

- Solidaritätsdenken,
- innovativer Breiten- und Freizeitsportanbieter,
- Leistungs- und Wettkampfsport sowie
- Gemeinwohlorientierung.

*Zur Finanzsituation der Sportvereine*

Sehr wenigen Sportvereinen mit einem sehr großen Finanzvolumen stehen sehr viele Sportvereine mit eher kleiner Haushaltssumme gegenüber. Während ein Viertel aller Sportvereine eine Haushaltssumme von unter 8700,00 DM ausweisen, haben 10% aller Sportvereine ein jährliches Finanzvolumen von DM 184790,00 und mehr. In Folge der niedrigeren Mitgliederzahl haben Sportvereine in den neuen Bundesländern im Mittel auch eine niedrigere jährliche Haushaltssumme als solche in den alten Bundesländern:

- Ein Viertel der Sportvereine in den neuen Bundesländern hat eine jährliche Haushaltssumme von weniger als DM 4752,00; in den alten Bundesländern liegt diese Grenze bei DM 10000,00.

- In den neuen Bundesländern hat das „reichste“ Viertel der Sportvereine pro Jahr DM 30600,00 zur Verfügung, in den alten Bundesländern verfügt dieses „reichste“ Viertel jährlich über DM 92787,00 und mehr.

Diese Zahlen belegen deutlich, daß die Haushaltssummen der überwiegenden Mehrheit der Sportvereine sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern

weniger denen von Wirtschaftsbetrieben als denen kleiner, höchstens mittlerer Privathaushalte gleichen. Weitgehend unabhängig von Strukturmerkmalen finanzieren sich Sportvereine vor allem mit steten Einnahmen, die autonom bestimmbar sind und zu mehr als der Hälfte internen Quellen entstammen (s. Abbildung 0.4). Die Mittel der Sportvereine werden vorwiegend zur Begleichung steter und autonom bestimmbarer Ausgaben verwendet. Insgesamt sind sowohl Finanzierungsstruktur als auch die Mittelverwendung durch eine Vermeidung investiver Risiken und die Orientierung an einer längerfristigen „Sicherheitsstrategie“ gekennzeichnet und erinnern eher an familiäres Finanzgebaren denn an erwerbswirtschaftliches Finanzmanagement.

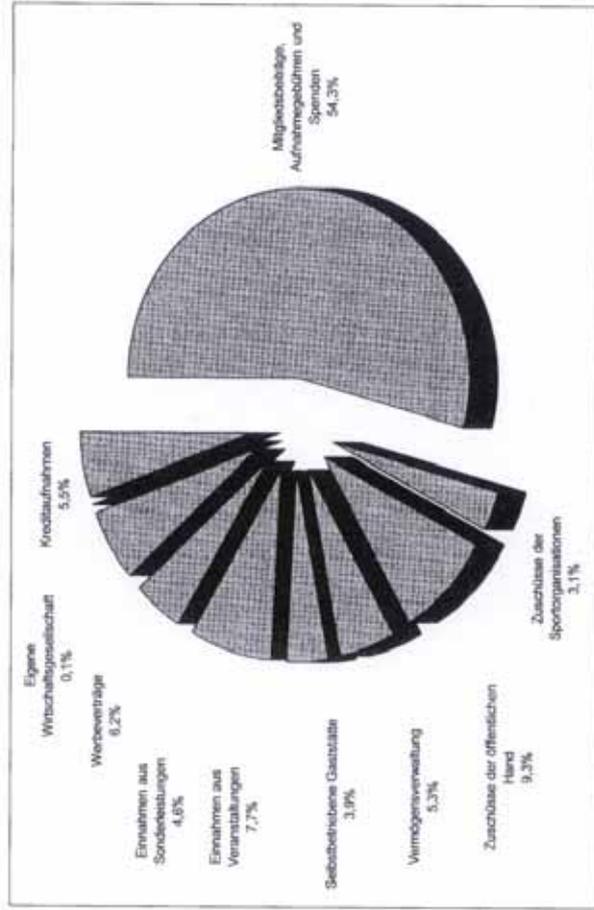


Abb. 0.4: Anteile unterschiedlicher Einnahmequellen am Haushaltsvolumen der Sportvereine

Weitgehend unabhängig von Strukturmerkmalen finanzieren sich Sportvereine vor allem mit steten Einnahmen, die autonom bestimmbar sind und zu mehr als der Hälfte aus internen Quellen stammen. In bezug auf die Finanzierungskultur der Sportvereine scheint Sportvereinen alles möglich.

Die wichtigste Finanzquelle der Sportvereine stellen Mitgliedsbeiträge dar. In der Mehrzahl der Fälle werden die Beiträge altersbezogen (rund 80%) und in rund 69% der Fälle sozialstrukturell gestaffelt. Eine Staffelung nach dem Mitgliederstatus

(z. B. aktive vs. passive Mitglieder) liegt in etwa der Hälfte der Fälle vor, und in rund einem Viertel der Fälle werden Beiträge entsprechend der Berechtigung zum Leistungsbezug gestaffelt, z. B. in Form gesonderter Abteilungsbeiträge. Diese Differenzierung der Beiträge zeigt eine partielle „Verabschiedung“ vom Solidarprinzip und die Hinwendung zu Beitragsstrukturen, die das Recht der Mitglieder zur Inanspruchnahme vorgehaltener Leistungen berücksichtigen. Diese Abkehr vom Solidarprinzip ist allerdings zur Zeit nicht das beherrschende Moment in der Kultur der beitragsabhängigen Finanzierung des Sportbetriebs.

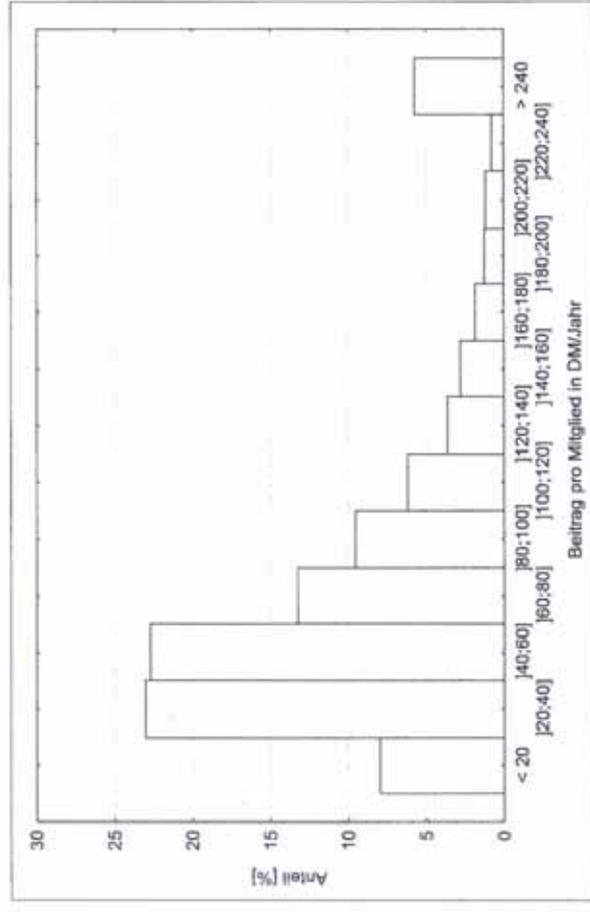


Abb. 0.5: Durchschnittliche jährliche Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Aufnahmegebühren pro Mitglied

In der Vielzahl der Sportvereine stellen Mitgliedsbeiträge angesichts ihrer ohnehin geringen Höhe kaum sozialstrukturelle Zugangsbarrieren dar (s. Abbildung 0.5). Folglich sind sie auch kaum als Steuerungsinstrument für die Gewinnung neuer Mitglieder geeignet. Aus dem gleichen Grund eignet sich die Mitgliedschaft in diesen Sportvereinen allerdings auch nicht als Mittel zur Demonstration eines finanzauwendigen Lebensstiles. Die mitgliederbezogenen jährlichen Einnahmen der Sportvereine aus Mitgliedsbeiträgen und Aufnahmegebühren belaufen sich im Mittel auf weniger als DM 100,-, was noch einmal die durchweg moderate Höhe der finanziellen Belastungen für die Mitglieder unterstreicht.

**Zur Sportanlagen-situation**

Von rund 64% der Sportvereine können Sportanlagen ohne Entgelt genutzt werden, wobei es sich in der Mehrzahl der Fälle, nämlich in 61%, um kommunale Sportanlagen handelt. Zur Bedarfsdeckung tragen darüber hinaus in rund 47% der Sportvereine vereinseigene Anlagen bei. Gegen Entgelt werden Sportanlagen von 48% der Sportvereine genutzt, wobei es sich auch hier mehrheitlich um kommunale Sportanlagen handelt. Der Anteil der Sportvereine, die private oder gewerbliche Sportanlagen nutzen, macht insgesamt nur einen sehr geringen Teil der Sportvereinslandschaft aus.

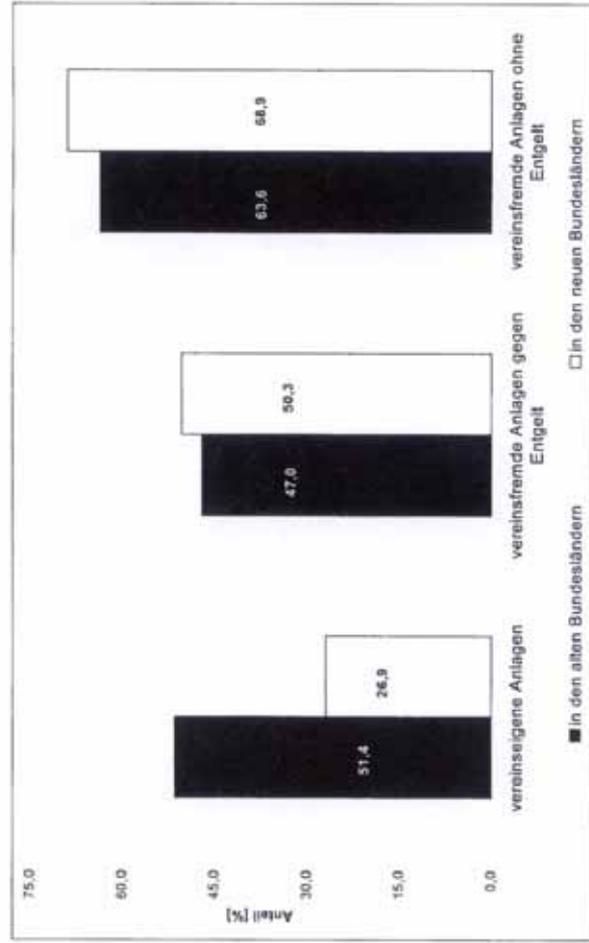


Abb. 0.6: Von Sportvereinen genutzte vereinseigene und vereinsfremde Anlagen im Ost-West-Vergleich

Der Anteil derjenigen, die über vereinseigene Sportanlagen verfügen können, ist in den neuen Bundesländern deutlich niedriger als in den alten Bundesländern (s. Abbildung 0.6). Bei der Nutzung nicht vereinseigener Sportanlagen ist der Anteil derer, die dafür ein Entgelt entrichten müssen, in den neuen und alten Bundesländern annähernd gleich. **Ein Hinweis darauf, daß Unterschiede in der Sportanlagennutzung mit Einschränkungen in den neuen Bundesländern einher-**

gehen, welche die Möglichkeiten zur Mitglieder- und/oder Angebotsentwicklung betreffen, konnte nicht gefunden werden.

**III Ausblick**

Die einfache Kontrastierung von Sportvereinen (s. Tabelle 0.2) in entweder zukunfts- und dienstleistungsorientierte, hauptamtlich unterstützte größere Gebilde mit „modernen“ Sportangeboten oder in traditionsbewußte kleinere Sportvereine mit konservativer Angebotsstruktur erweist sich in der Realität als zu undifferenziert und nicht zutreffend.

Dies spiegelt sich auch im Selbstbild der Sportvereine und in dem wahrgenommenen Aufgabenspektrum eindrucksvoll wider, indem Sportvereine offensichtlich nicht nur eine mittlere Stellung zwischen formalen Großorganisationen und eher familiären Gebilden einnehmen, sondern sich sowohl traditionsbewußt als auch modernitätsorientiert einschätzen. Auch im Leistungsspektrum der Sportvereine wird dies deutlich, wenn etwa außersportliche gesellige Veranstaltungen, die Aufnahme neuer Trendsportarten und das klassische Spektrum der wettkampforientierten Sportarten in einem Verein zu finden sind und dies zeitgemäß im Internet vorgestellt wird.

Tab. 0.2: Stereotype der Sportvereinsentwicklung

	Klassische Sportvereine	Modernitätsorientierte Sportvereine
Vereinskonzept	ehrenamtlich geprägte Solidaritätsgemeinschaft	professionell geprägte Dienstleistungseinrichtung
Angebotsstruktur	Angebotsorientierung	Nachfrageorientierung
Mitgliederstruktur	traditionelle Vereinsklientel	vielschichtige Klientel
Mitgliederbindung	dauerhaft	häufiges Kommen und Gehen
Zukunftsfähigkeit	Ein überholtes Modell?	Das Modell der Zukunft?

In der Interaktion mit Sportverbänden folgen Sportvereine einem Muster der selektiven Wahrnehmung und Übernahme einschlägiger Empfehlungen. Damit wird eine zentrale Funktion der Sportverbände deutlich, nämlich für mögliche Entwicklungen

der Sportvereine immer wieder neue Anregungen zu geben, die vereinsintern die Selbstreflexion anregen. Diese anregende Funktion kann sich wahrscheinlich um so wirkungsvoller entfalten, je offener und toleranter die Sportverbände gegenüber der Vielfalt des Sportvereinsystems sich erweisen.

Zusammenfassend lässt sich die Situation der Sportvereine in Deutschland pointiert so beschreiben: **Der Sportverein, der verschiedentlich als ein von langsamem Stechtum bedrohter Patient etikettiert wurde, erweist sich bei eingehender Betrachtung als kerngesund und als in der präventiven Vorsorge und kurativen Selbstbehandlung wohlerprobt!**

Soziale Stadt in Hessen

Veranstaltungen

Servicestelle HEGISS

HEGISS [zots'ja:le stat]

Hessische Gemeinschafts-  
initiative Soziale Stadt

**hessen » Hier ist die Zukunft**

**„Start“ – Sport als  
Integrationsfaktor für  
Zuwanderermädchen  
und -frauen im  
Gallusviertel der Stadt  
Frankfurt**

Günsel Gül Keskinler

**„START - Sport als Integrationsfaktor für  
Zuwanderermädchen und –frauen im Gallusviertel der Stadt  
Frankfurt am Main“**

EKIP –Interkulturelles Kompetenz Team - ist ein junges Unternehmen mit Sitz in Bergisch Gladbach. Sie sind Spezialisten für Beratung und Betreuung im Bereich der Zuwanderung und Integration und ihr Slogan lautet: „**Integration geht Alle an**“.

Die Idee des Projektes entstand von Frau Keskinler – Urheberin und Inhaberin der Firma EKIP - Sport als ein zusätzliches Instrument zur Eingliederung der Zuwanderer einzusetzen. Dabei Veränderungs- und Entwicklungsprozesse in den alteingesessenen Sportvereinen voranzutreiben, Bewusstseinssteigerung der Zuwandererfrauen zum Thema „Gesundheitsförderung und –erhaltung durch Sport“, Partizipation in den Sportvereinen und somit die sprachliche und gesellschaftliche Integration zu fördern. EKIP zeigt hierzu Handlungskonzepte auf und gibt methodische Anleitung für das praktische Vorgehen in konkreten Projekten; es handelt sich um ein praxisorientiertes Projekt mit wissenschaftlicher Begleitung, um notwendige Veränderungen anzupacken.

Der Landessportbund Hessen sowie das Ministerium des Innern und für Sport unterstützen dieses Projekt.

Das Modellprojekt „START“ hat am 01. April 2002 mit der Startphase begonnen und baut nun ein Netzwerk in Frankfurt auf mit Kooperationspartnern und weiteren potenziellen Trägern, Vereinen deutscher und nicht deutscher Herkunft sowie Institutionen, die in Sport-, Schul- und Integrationsarbeit involviert sind, um Synergien zu schaffen. Denn das Projekt hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn es in mehrdimensionalen Bezügen stattfindet und in Netzwerken organisiert bzw. gesteuert werden kann.



# „START“

***Sport* als Integrationsfaktor  
für Zuwanderermädchen und -frauen  
im Gallusviertel der Stadt Frankfurt am Main“**

**1. April bis 31. Dezember 2002**

**Eine Initiative des**

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport  
**sowie vom**  
Landessportbund Hessen



## Ausgangslage

- ✓ Der organisierte **Sport** ist eine der wichtigsten Quellen sozialen Kapitals in Deutschland
- ✓ **Sport** ist die erfolgreichste Freiwilligenorganisation.
- ✓ **Sport** stellt die weitaus ergiebigste Quelle ehrenamtlichen Engagements in der Bundesrepublik dar.
- ✓ **Sport** wurde bis heute kaum für Integrationsarbeit von und für Migrantinnen ausgeschöpft.
- ✓ Frauen aus den muslimischen Kulturkreisen haben Schwierigkeiten, am Vereins- bzw. Freizeits**sport** bewusst teilzunehmen.



**In diesem Projekt werden Migrantinnen**

- im Hinblick auf Erkennung und Abbau  
gesundheitlicher Beschwerden –  
unterstützt durch sportliche Aktivitäten.**

**Ziel ist es, individuelle Gesundheit zu erlangen  
und diese zu verbessern.**

## Barrieren

- nicht vorhandene Sprachkompetenz der Zuwanderer
- kulturelle Unterschiede der Zuwanderer
- Mangelndes Interesse füreinander

**Diese Faktoren erschweren die Eingliederung von Migrantinnen und Migranten in die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesellschaftsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland.**

**Eine Bürgergesellschaft aber beansprucht die uneingeschränkte Beteiligung und Mitverantwortung aller gesellschaftlichen Lebensbereichsgruppierungen.**

## **Integration ist Geben und Nehmen !**

Es muss ein Umfeld gefunden werden, das

- Deutschen und zugewanderten Menschen das Lernen von- und miteinander erleichtert,
- sozial anerkannt ist und Erfolg verspricht,
- Lernfelder eröffnet, die
  - ✓ kulturelle Unterschiede berücksichtigen und akzeptieren,
  - ✓ gegenseitige Anerkennung ermöglichen und
  - ✓ konsequent freiwillig sind.

## Position von

### EKIP Interkulturelles Management-Team:

- ✓ Entwicklung von Steuerungs- und Koordinationsfunktionen in der Konzeption und Umsetzung der Maßnahmen, partizipativ mit den Zielgruppen.
- ✓ Aufbau eines Netzwerkes „START“ mit Geldgebern, Forum-Mitgliedern, Vereinsmitarbeitern und bürgerschaftlich Engagierten.
- ✓ Aufbau einer Imagekampagne für Sympathie- und Akzeptanzwerbung für Freizeit-**sport**, Schwerpunkt Zielgruppe Frauen.
- ✓ Kontaktaufbau und –pflege zu ausländischen und deutschen Print- und visuellen Medien.
- ✓ Umsetzen und Evaluieren des Qualifizierungsbedarfs der Trainer/innen und Multiplikatorinnen/Multiplikatoren.
- ✓ Aufbau neuer Kooperationen mit anderen Kommunen, Städten und Bundesländern.



## Ziele

- ✓ Eigeninitiative, Selbsthilfe und Selbstorganisation von Migrantinnen unterstützen
- ✓ Fördern von innovativen Integrationsmöglichkeiten für Zuwanderinnen durch Freizeit**sport**.
- ✓ Bilden eines **Netzwerkes** unter der Leitung des EKIP-Teams, das Integrationsmaßnahmen für Zuwanderinnen im **Sport** entwickelt, umsetzt, auswertet und langfristig eine Bewusstseinsänderung für die Themen **Sport**, Gesundheit und bürgerschaftliches Engagement auslöst.
- ✓ Übermitteln eines neuen Rollenverständnisses für die kommunalen Akteure, **Sportvereine** und Schulen.
- ✓ Reflektieren und öffnen von Denktraditionen und Vorstellungen für Integration auf der Seite der heimischen Bevölkerung wie auch auf der Seite der zugewanderten Bevölkerung.

## Ziele

- ✓ Sprachliche Integration  
Förderung sprachlicher Kompetenz der Zuwanderinnen
- ✓ Kulturelle Integration  
Annahme der kulturellen Besonderheiten beiderseits durch gegenseitige Akzeptanz, Achtung, Fairness und Solidarität
- ✓ Soziale Integration  
Entwickeln von Sensibilisierung zur Integration für Zuwandererfrauen in **Sportvereine**
- ✓ Gesellschaftliche Integration  
Einbindung ausländischer Frauen in bürgerschaftliche Initiativen und ehrenamtliche Aufgaben



## Das Netzwerk

ist eine Zusammenarbeit aus Financier, Unterstützer, Förderer und dem EKIP-Team mit folgenden Zielen:

- Popularisierung des Projektes
- Gemeinsames Marketing
- Wirtschaftlichkeit
- Problemlösungsstrategien
- Kompetenzerweiterung für Professionelle, Ehrenamtliche und Zielgruppen
- Informations- und Kommunikationsnetzwerk
- Bündelung und Verzahnung mit vorhandenen Initiativen und Projekten, zum Beispiel der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“
- Entwicklungsfähigkeit / Prozessorientierung

## Forum

**Das Forum** ist ein Netzwerk, das zunächst die Rahmenbedingungen des IST-Zustandes diskutiert und perspektivisch eine höhere Teilnahme ausländischer Mädchen und Frauen am Schwimm- und **Sport**unterricht sowie an Schul- und Freizeits**port** auswertet.

### **Teilnehmer des Forums:**

- Aktive Personen aus den Migrantenorganisationen
- Kommunal- und Landespolitiker
- Interessierte Bürger/innen
- Wissenschaftler/innen
- Alle Institutionen, die in **Sport**-, Schul- und Integrationsarbeit involviert sind
- Kooperation mit bestehenden formellen und informellen Gremien auf Stadtteilebene